



**UZ** unsere zeit  
DOKUMENTATION

# Umwelt – eine akute Menschheitsfrage

## Grün geht nicht ohne Rot

**DKP zu Ursachen und Lösungsansätzen  
für die ökologische Krise**



»Zu sagen was ist,  
bleibt die  
revolutionärste Tat.«  
Rosa Luxemburg

# unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP



## JETZT ABONNIEREN!

[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de) / [www.uzshop.de](http://www.uzshop.de)

E-Mail: [info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de) / Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28

# **Umwelt – eine akute Menschheitsfrage**

## **Grün geht nicht ohne Rot**

**DKP zu Ursachen und Lösungsansätzen  
für die ökologische Krise**

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Marxistisch-Leninistische Antworten auf die ökologische(n) Katastrophe(n) – Von Hans-Peter Brenner</b>	<b>7</b>
<b>Die ökologische Krise gefährdet die Lebensgrundlage der Menschen! – Von Tina Sanders</b>	<b>16</b>
<b>Strategien der Herrschenden zur Einflussnahme auf und Funktionalisierung der Krise – Von Kurt Baumann</b>	<b>24</b>
<b>Die Aufgaben der Kommunisten in und mit der Umweltbewegung – Von Patrik Köbele</b>	<b>37</b>
<b>Klimawandel – Grün geht nur Rot!?! – Von Gerd Manecke</b>	<b>45</b>
<b>Die ökologische Krise und die Notwendigkeit einer antikapitalistischen Umweltpolitik Beschluss des 23. Parteitags der DKP</b>	<b>53</b>
<b>„Die ökologische Krise und die Erfordernisse einer demokratischen Umweltpolitik“ Auszüge aus These 19 des 8. Parteitages der DKP</b>	<b>58</b>
<b>Die Autoren</b>	<b>61</b>

**Impressum**

Herausgeber:  
Unsere Zeit – Zeitung der DKP  
CommPress Verlag GmbH  
Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
V.i.S.d.P: Klaus Leger  
Gestaltung: Tom Brenner

Tel.: 0201-177 889-23  
Fax: 0201-177 889-28  
E-Mail: [info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)  
[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)  
[www.dkp.de](http://www.dkp.de)

September 2020

**Liebe Leserin, lieber Leser,  
liebe Genossinnen und Genossen,**

diese UZ-Dokumentation gibt Aufschluss über die aktuellen Diskussionen und Positionierungen in der DKP zur Ökologiefrage. Die kapitalistische Produktionsweise mit ihrem unbändigen Drang nach immer mehr Wachstum und Profit führt dazu, dass nicht nur die Arbeiterklasse ausgebeutet wird, sondern das dabei der Planet Erde immer weiter ausgeplündert und so die Lebensgrundlage der Menschheit in Frage gestellt wird.

Besonders deutlich wird dieser Widerspruch zwischen kapitalistischer Produktionsweise und der Lebensgrundlage der Menschheit in der Klimafrage. Der ungedrosselte Ausstoß bei Treibhausgasen führt zu einer globalen Erwärmung, die das Leben der Menschheit auf dem Planeten grundsätzlich verändern und gerade das Leben im globalen Süden in Frage stellen wird.

Die Bewegung „Fridays for Future“ hat sich in den letzten Jahren formiert und bringt die Frage des menschengemachten Klimawandels und der Klimagerechtigkeit auf die Straße. Sie schafft es aber nicht, den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Produktionsweise und eben diesem Klimawandel herzustellen. Die berechtigten Forderungen bleiben innerhalb des Systems gefangen und verhallen größten Teils als Appelle an die Politik.

Auf einer Ökologie-Konferenz der DKP haben wir uns in Vorbereitung des Parteitages mit dem Klimawandel und der ökologischen Krise auseinandergesetzt. Dort wurden vier Einleitungsbeiträge gehalten, die wir hier dokumentieren:

- ★ **Hans-Peter Brenners** Schwerpunkt lag bei den Aussagen von Marx und Engels zum Verhältnis Mensch, Arbeit und Natur.
- ★ **Tina Sanders**, Biologin und Leiterin der Kommission für Umweltpolitik beim Parteivorstand der DKP, befasste sich mit dem Stand der wissenschaftlichen Forschung zum Klimawandel und den Ergebnissen dieser Forschung.
- ★ **Kurt Baumann** beleuchtet die Kapitalinteressen an und mit der Klimabewegung.
- ★ **Patrik Köbele**, Vorsitzender der DKP, setzt sich mit der Frage nach dem Verhältnis unserer Partei zur Umweltbewegung auseinander.

Außerdem veröffentlichen wir einen Beitrag von **Gerd Manecke**, Arzt und Mitglied in der DKP-Umweltkommission, mit der Fragestellung „Klimawandel – Grün geht nur Rot!“

Im Anhang befinden sich der beschlossene **Ökologieantrag des 23. Parteitags** vom März 2020 und die **These 19 des Parteitags** von 1986.

Dieser Reader soll Interessierten einen Einblick in den Diskussionsstand der DKP geben und DKP-Gruppen dazu anregen, sich mit der Ökologiefrage intensiver zu beschäftigen. Die Umweltkommission kann gerne für Referenten angefragt werden.

**Umweltkommission beim Parteivorstand der DKP**  
*umwelt@dkp.de*



# Marxistisch-leninistische Antworten auf die ökologische Katastrophe

Von Hans-Peter Brenner

## Der Historische Materialismus über ökologische Katastrophe(n) als Ausdruck der Systemkrise des Kapitalismus

### Vorbemerkungen

17. Januar 1919: Der Vormarsch der konterrevolutionären „weißgardistischen“ Truppen – unterstützt von elf ausländischen Staaten – brachte die russische Revolution in große militärische Schwierigkeiten.

Der Fall der Großstadt Perm im Ural-Vorland, nur 1.100 Kilometer entfernt von Moskau, schuf eine stark bedrohliche Lage für das immer weiter geschrumpfte Kerngebiet des Sowjetstaates, das sich fast nur noch auf die Städte Petersburg und Moskau und deren Umland sowie auf ein Gebiet am Unterlauf der Wolga erstreckte.

Hinzu kam der Hunger. Eine Hungersnot, die die Revolution aufs Schlimmste in Gefahr brachte. In den industriellen Ballungszentren kam es zu ersten Unruhen und Protesten – auch von Arbeitern.

In Moskau traten deshalb das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee (der Sowjets), der Moskauer Stadtsowjet und der Gesamtrussische Gewerkschaftskongress zu einer gemeinsamen Krisensitzung zusammen. Lenin hielt eine nüchterne und zugleich mitreißende Rede. Hier fielen die berühmten historischen Worte: „Wir sind ein belagertes Land, eine belagerte Festung. Es ist unvermeidlich, dass in dieser belagerten Festung Not herrscht ...“

Ich sehe eure irritierten Blicke. Was soll das? Wir sind hier nicht auf einer Gesichtskonferenz. Wo bleibt die Ökologie?

Nun: einen Tag vor dieser Brandrede fand in Lenins Arbeitszimmer im Kreml eine ganz andere Sitzung mit einem – damals wie heute fast absurd anmutenden – Thema statt. Es ging nämlich um Umweltschutz!

Der Agronom Nikolai Podjapolski vom Gebietsexekutivkomitee von Astrachan war zur Berichterstattung über die politische und militärische Lage in der Wolga-Region gekommen. Er nutzte die Gelegenheit, um Lenin von der Dringlichkeit der Einrichtung eines Naturschutzgebiets (Sapowednik) im Wolga-Delta zu überzeugen. Schon am nächsten Morgen, also am Tag der so bedeutsamen Krisenrede, lag der Beschluss im Entwurf vor. Lenin ließ die Angelegenheit sofort dem Volkskommissariat für Erziehung zuweisen. Zurück an der Wolga, richtete Podjapolski dort das erste Naturschutzgebiet ein. Weitere folgten. Zehn Jahre später machen die Sapowedniki eine Fläche von 40.000 Quadratkilometern aus. Das ist mehr als die Fläche von NRW mit seinen 34.098 Quadratkilometern.

Was zeigt uns das? Das könnt ihr sicher selbst beantworten.

### **Nun zu meinem „offiziellen“ Thema.**

Die Frage ist zunächst: Was kann und muss die heutige Konferenz leisten?

Eine Ökologiekonferenz der DKP muss von der „Realanalyse der Wirklichkeit“, das heißt der Zusammenfassung und der Information über den realen Zustand der Natur ausgehen. Diese Infos müssen in eine wissenschaftlich fundierte Gesamtstrategie eingeordnet werden, die die ökologische Frage als Teil der historisch-materialistischen Auffassung der Gesellschafts- und der Naturentwicklung versteht und bewertet.

Das tun wir heute mit dem ersten Referat von Tina Sanders. Sie hat dabei nicht nur empirische Einzeldaten aufgelistet, sondern ihre Analyse hat auch die Basis gelegt für den nächsten Schritt.

In diesem Schritt, den ich mit euch jetzt machen will, muss zunächst von der für den historischen Materialismus grundlegenden Beziehung zwischen Mensch-Gesellschaft und Natur die Rede sein.

Was bedeutet das?

Dazu einige Gedanken.

1. Hauptgedanke: Marxismus und Fragen der Ökologie sind nichts Getrenntes
2. Hauptgedanke: Um Geschichte und Politik „machen“ zu können, braucht es natürliche und biologische Grundvoraussetzungen
3. Hauptgedanke: Marxscher „ökologischer Imperativ“ statt „Unterwerfen“ und „Beherrschen“ der Natur
4. Hauptgedanke. Der Umgang mit der Natur als Teil des kapitalistischen Ausbeutungssystems und der Klassenherrschaft der Kapitalisten
5. Hauptgedanke. Kampffeld Ökologie als organischer Bestandteil unserer Arbeiterpolitik und antimonopolistischen Strategie
6. Hauptgedanke: Keine Verengung in der Bündnispolitik zulassen. Unterschiedliche Zugänge zu Öko-Thematik respektieren, aber keine Kostenabwälzung auf die arbeitenden Menschen zulassen.

### **1. Hauptgedanke:**

#### **Marxismus und Fragen der Ökologie sind nichts Getrenntes**

Der finnische Philosoph Dr. Kari Väyrynen hat vor wenigen Jahren in seinem sehr bemerkenswerten Artikel „Der junge Engels und die Entstehung der marxistischen Ökologie“ auf eine viel zu lange unberücksichtigte Besonderheit schon in der frühen Entwicklungsstufe der marxistischen Theorie hingewiesen. Sie lässt sich verbinden mit der Jugendarbeit von Friedrich Engels „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“ von 1843 bis 1844. Marx stufte dieses Frühwerk als „genial“ ein. Es verdient dieses Etikett aus mehreren Gründen:

Es gibt erstens kaum eine vergleichbare Arbeit aus der Frühphase der In-

dustrialisierung, in der so konkret und realistisch die Lebenslage des sich entwickelnden modernen Fabrikproletariats dargestellt wird. Zum Zweiten blieb Engels darin nicht bei einer reinen Deskription der Lebensverhältnisse stehen. Engels legte den Grundstein zu einer wissenschaftlichen Gesamtkritik der bürgerlichen politischen Ökonomie. Und drittens hob der junge Engels schon in dieser Arbeit die Frage der Mensch-Natur-Beziehung als eine wichtige Voraussetzung der Ökonomie hervor.

Er entwickelte dabei gleichzeitig erste Skizzen zur ökologischen Kritik der kapitalistischen Nutzung und Ausbeutung der Natur. Der gerade mal 23-Jährige aus dem Tal der Wupper kritisierte unter anderem in scharfen Worten die Folgen der Umwandlung von Grund und Boden in kapitalistisches Privateigentum: „Der Grundbesitzer hat dem Kaufmann nichts vorzuwerfen. Er raubt, indem er den Boden monopolisiert. ... Wohin wir uns ... wenden, das Privateigentum führt uns auf Widersprüche.“

Und dann kamen die folgenden bemerkenswerten Worte:

*„ ... , die Erde zu verschachern, die unser Ein und Alles, die erste Bedingung unsrer Existenz ist; es war und ist bis auf den heutigen Tag eine Unsittlichkeit, die nur von der Unsittlichkeit der Selbstveräußerung übertroffen wird.“<sup>1</sup>*

Also: die Erde, die unser „Ein und Alles“ und „die erste Bedingung unsrer Existenz“ ist, wird „verschachert“. Und das ist eine Unsittlichkeit, die nur von der Unsittlichkeit der Prostitution übertroffen wird. Marxistische Kapitalismuskritik besitzt also organisch und von Anfang an und nicht „zusätzlich“ einen ökologischen Kern.

## **2. Hauptgedanke:**

### **Um Geschichte und Politik „machen“ zu können, braucht es natürliche und biologische Grundvoraussetzungen**

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass nur kurze Zeit später Karl Marx und Friedrich Engels in ihrer ersten gemeinsamen Grundlegung der dialektischen und historisch-materialistischen Weltanschauung diesen ökologischen Kern fest in ihre wissenschaftliche Anschauung der Entwicklung von Natur und Gesellschaft integrierten. Ich meine die gemeinsame Jugendschrift „Die deutsche Ideologie“ von 1845/46, die sie in Paris nach ihrer ersten Begegnung zu ihrer „eigenen Selbstverständigung“, wie Engels später schrieb, verfasst hatten.

Erst 1927 wurde daher dieser Grundlagentext der neuen wissenschaftlichen Weltanschauung erstmals in Moskau auf Deutsch publiziert. Er war also den ersten Generationen der Marxisten unbekannt. Engels bezeichnete das Werk als Ausdruck des „Embyronalstadiums“ der neuen Weltanschauung.

---

1 MEW 1, S. 511

Es bildet heute den größten Teil von Band 3 der Marx-Engels-Werke. Marx und Engels sagten darin in Abgrenzung zu jeder idealistischen und spekulativen Philosophie zunächst einmal etwas sehr „Grundsätzliches“, ja fast Banales:

*„Die erste Voraussetzung aller Menschengeschichte ist natürlich die Existenz lebendiger menschlicher Individuen. Der erste zu konstatierende Tatbestand ist also die körperliche Organisation dieser Individuen und ihr dadurch gegebenes Verhältnis zur übrigen Natur.“*

Und weiter: *„Wir können hier natürlich weder auf die physische Beschaffenheit der Menschen selbst noch auf die von den Menschen vorgefundenen Naturbedingungen, die geologischen, orohydrographischen (d. h. Beschreibung der Gebirgszüge und Wasserläufe), klimatischen und andern Verhältnisse eingehen. Alle Geschichtsschreibung muss von diesen natürlichen Grundlagen und ihrer Modifikation im Lauf der Geschichte durch die Aktion der Menschen ausgehen.“*

Also, alle Geschichtsschreibung, alle Politik muss auch von den klimatischen und den anderen natürlichen Grundlagen ausgehen.

Bei den „voraussetzungslosen Deutschen“, so spöttelten sie einige Seiten weiter, müsse man leider an dieses Grundlegendste und Einfachste erinnern:

*„Zum Leben... gehört vor allem Essen und Trinken, Wohnung und Kleidung und einiges anderes. Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst, und zwar ist dies eine geschichtliche Tat, eine Grundbedingung aller Geschichte, die noch heute, wie vor Jahrtausenden, täglich und stündlich erfüllt werden muss, um die Menschen nur am Leben zu erhalten.“<sup>2</sup>*

Ich bin dann mal so frei zu sagen, dass dazu ja wohl auch ausreichend reine Atemluft, sauberes Wasser und erträgliche Temperaturen gehören.

Was nützt der angebliche „Vorrang“ des berühmten „Kampfs ums Teewasser“ (das Symbol für die unmittelbarsten ökonomischen Forderungen im damaligen zaristischen Russland), wenn es entweder durch den Klimawandel und die davon ausgelösten Dürreperioden zu wenig oder durch Überschwemmungen zu viel davon gibt, oder wenn es so verdreckt ist, dass es ungenießbar geworden ist?

Also kann es nicht richtig sein zu sagen: „Kümmern wir uns erst um das ‚Politische‘ oder das ‚Soziale‘. Und wenn wir dann noch Zeit haben, um die Probleme der Ökologie.“ Es kann nicht richtig sein, dass wir eine willkürliche und irgendwie traditionell übertragene Rangfolge von Aufgaben- und Kampffeldern definieren, ohne dass wir uns der „Grundbedingung“ aller Geschichte und dem qualitativen Wandel in der Bedrohung unserer Existenzbedingungen viel bewusster stellen als bisher. Und das vermisste ich auch am Entwurf des Leitantes.

### 3. Hauptgedanke:

#### Marxscher „ökologischer Imperativ“ statt „Unterwerfen“ und „Beherrschen“ der Natur

Dabei soll und darf „Mensch“ – in seiner Einheit von biologischen, sozialen und psychischen Merkmalen – der Natur jedoch nicht in einem Herrscherverhältnis (Bibel: „Macht Euch die Erde untertan.“) gegenüberreten, sondern im Sinne eines von Marx im „Kapital“ formulierten „ökologischen Imperativs“. Eine kürzlich in der Diskussion geäußerte Auffassung „Die Unterwerfung der Erde muss im Interesse der arbeitenden Bevölkerung geschehen“ entspricht nicht dem Marxschen Grundverständnis der Mensch-Natur-Beziehung.

Sie muss mit diesem „ökologischen Imperativ“ verbunden sein, der im „Kapital“ Band III grundsätzlich so definiert wird: „Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“<sup>3</sup>

Die Aussage von der „Unterwerfung der Erde im Interesse der arbeitenden Bevölkerung“ entspricht auch nicht dem Mensch-Natur-Verhältnis, wie es von Engels in seiner Arbeit „Dialektik der Natur“ gesehen wurde. Zunächst erhob er mahndend seine Stimme, indem er auf den Unterschied zwischen der Einwirkung der Tiere im Vergleich zu den Menschen auf die Natur hinwies:

*„(...) Das Tier benutzt die äußere Natur bloß und bringt Änderungen in ihr einfach durch seine Anwesenheit zustande; der Mensch macht sie durch seine Änderungen seinem Zwecke dienstbar, beherrscht sie. Und das ist der letzte, wesentliche Unterschied des Menschen von den übrigen Tieren, und es wieder die Arbeit, die diesen Unterschied bewirkt.“*

*Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Wirkungen wieder aufheben.“*

Engels spricht sehr deutlich von einem anderen als einem „herrschaftlichen“ Umgang des Menschen mit der Natur und er mahnt: „Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand der außer der Natur steht – sondern dass wir mit Fleisch und Blut ihr angehören und mitten in ihr stehn, und dass unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andren Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.“<sup>4</sup>

<sup>3</sup> K. Marx: Das Kapital, Band 3, MEW 25, S.784

<sup>4</sup> F. Engels: Dialektik der Natur, MEW 20, S. 452 f.

Als gute Familienväter und -mütter sollen wir unseren Kindern die Natur im Wissen und in Kenntnis um die Naturgesetze „verbessert“ hinterlassen und sie nicht ausplündern oder „unterwerfen“.

#### **4. Hauptgedanke:**

#### **Der Umgang mit der Natur als Teil des kapitalistischen Ausbeutungssystems und der Klassenherrschaft der Kapitalisten**

In der sogenannten „Anthroposoziogenese“ und im Durchschreiten des „Tier-Mensch-Übergangsfeldes“ (TMÜ) entwickelten sich die Hominiden durch die bewusste und planmäßige Auseinandersetzung mit der Natur zunächst zu mehr oder weniger „biologisch“ und instinktmäßig geprägten und gesteuerten Hominiden im Stadium des „tool making animal“ (des Werkzeug produzierenden Tieres). Und dann darüber hinaus zum grundsätzlich auch rational und planmäßig handeln könnenden Gattungswesen „homo sapiens“ vor circa 200.000 Jahren.

Die kapitalistisch geprägte und deformierte weitere Entwicklung der Produktivkräfte hat dabei de facto im Umgang zwischen Mensch und Natur das vormalige „tool making animal“ in seinem Potential zur Entwicklung zur „sapientia“ („Weisheit“) geblockt.

Es wurde auf das Niveau eines nur kurzfristig planenden und völlig „einseitigen“ – am Profit orientierten – „homo oeconomicus“ zurückgeworfen. Wenn man so will, ist das Profitsystem auch eine Missgeburt, eine Degeneration und ein Irrweg der gesamten Evolution.

Marx bestätigte diese Einsicht in seinem Hauptwerk „Das Kapital“, als er schrieb: *„... jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozess. Die kapitalistische Produktion entwickelt ... nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“*<sup>5</sup>

In seiner Kritik am „Gothaer Programm“ von 1875, das er grundsätzlich als Gründungsdokument der ersten revolutionären sozialdemokratischen Arbeiterpartei begrüßte, nahm Marx später diesen Gedanken von den „zwei Springquellen des Reichtums“ wieder auf.

Er kritisierte den Hang zum einseitigen Ökonomismus, der im ersten Artikel des Programms mit dem Satz „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums“

---

5 K. Marx: Das Kapital I, MEW 23, S. 529f.

zum Ausdruck kam. Dagegen betonte Marx: *„Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebenso die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der menschliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft.“*<sup>6</sup>

Und dieser „Quelle des Reichtums“, der Natur, tritt das Kapital genauso brutal, ausbeuterisch und auf maximale Auspressung orientiert gegenüber wie der lebendigen Ware Arbeitskraft.

Was macht dies deutlich?

a) Die Natur existiert, solange es Menschen gibt, in einer besonderen Wechselwirkung mit diesem, ihrem eigenen Produkt.

b) Es ist das einzige Naturprodukt, das sich seiner Herkunftsquelle gegenüber, von der alles stammt, was auf diesem Planeten existiert, als eine räuberische und ausbeutende Kraft gegenübertritt.

c) Er, der Mensch, war und wurde aber zum objektiven Gegner der Natur nicht von Beginn an, sondern erst durch die Entwicklung einer Produktionsweise, die auf dem Vorrang des kurzfristigen Profitstrebens der Besitzer von Grund und Boden und der Produktionsmittel beruht.

Das neue „Manifest“, das die IG Metall auf ihrem jüngsten Kongress beschlossen hat, belegt – bei allen sonstigen von uns als reformistisch abzulehnenden strategischen Überlegungen (neu aufgelegte alte sozialdemokratische „Transformationsstrategie“), dass wichtige Teile der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung genau diese falsche Trennung und Gegenüberstellung von arbeitendem Menschen und dessen Interessen und der Natur zum Glück heute nicht mehr machen.

Das IGM-„Manifest“ formuliert nach der dem „Kommunistischen Manifest“ entlehnten und „verdeutschten“ Zwischenüberschrift „Arbeitnehmer aller Länder, vereinigt Euch!“ Folgendes:

*„Die IGM bekennt sich uneingeschränkt zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens.*

*Wir bekennen uns als Industriegewerkschaft zum Schutz unserer natürlichen Umwelt und damit zur Zukunft der Menschheit. Diese existentielle Herausforderung stellt sich mit dem fortschreitenden Klimawandel heute dringlicher denn je. ... Wir bekennen uns zum Ziel einer nachhaltigen und weitgehend dekarbonisierten Wirtschaft in Deutschland.“*

## **5. Hauptgedanke:**

### **Kampffeld Ökologie als organischer Bestandteil unserer Arbeiterpolitik und antimonopolistischen Strategie**

Dies hat die DKP, aber auch schon vor über 30 Jahren, als Fehler erkannt gehabt und die Verengung des Begriffs „Arbeiterpolitik“ überwunden. Dazu

---

6 MEW 19, S. 15

gehört, was der damalige Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, in einem zentralen Punkt seines Referats zur „Klassenpolitik“ der DKP im November 1987 auf der 8. PV-Tagung so auf den Punkt gebracht hatte:

*„Wenn wir von Arbeiterpolitik und Arbeiterkämpfen reden, dann sprechen wir natürlich nicht nur von Politik oder Kämpfen für die Gruppe der Arbeiter, sondern wir meinen Politik und Kämpfe der ganzen Klasse. Wir wenden uns dabei auch gegen die inhaltliche Einengung des Begriffs Arbeiterpolitik auf die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse. Arbeiterpolitik ist sowohl Kampf um Frieden als auch Kampf um Arbeit, ist ebenso das Eintreten für mehr Demokratie wie für den Umweltschutz.“<sup>7</sup>*

Die angeblich „eigentliche und primäre“ Klassen- und Arbeiterpolitik muss deshalb nicht „ergänzt“ werden durch das Thema Ökologie. Unsere Öko-Politik ist Teil von originärer Klassenpolitik und originären Klasseninteressen.

Würde unser kommender Parteitag nicht den organischen Zusammenhang der Ökologie mit der Strategie der DKP und mit ihrer Klassenpolitik erkennen, dann würde man die Ökologiepolitik de facto nur als eine zusätzliche und dann auch als eine eher zweitrangige Aufgabe „neben“ der „eigentlichen Klassenpolitik“ ansehen. Das wäre ein strategischer Fehler.

Auch ein gesonderter Ökologieantrag, der die Gleichstellung der Aufgaben im Bereich der Ökologie mit den anderen Schwerpunktaufgaben (Frieden/Demokratie/Soziales) nicht berücksichtigt, würde diesen inneren Zusammenhang der Kampffelder missachten. Jedenfalls wäre diese bereits im Vorfeld formulierte Aussage falsch, die so lautet: „Der Antrag sollte die Thematik nicht über die Priorität unserer Kerngebiete: Arbeit, Frieden, soziale Gerechtigkeit erheben. Nur eine ArbeiterInnenklasse mit ökonomischem Druck wird auch klimapolitisch Teilziele im Klimaschutz erzwingen können.“

Dies erweckt den Eindruck, dass Ökologiepolitik „eigentlich“ nicht so richtig mit „Klasseninteressen“ und mit „Klassenpolitik“ zusammengehört.

## 6. Hauptgedanke

### **Keine Verengung in der Bündnispolitik zulassen. Unterschiedliche Zugänge zu Öko-Thematik respektieren, aber keine Kostenabwälzung auf die arbeitenden Menschen zulassen**

Daraus ergeben sich vielfältige bündnispolitische Zugänge zur derzeitigen Ökologiethematik mit sich überschneidenden und auch konkurrierenden Sonderinteressen. Wie in der Friedens- oder auch Frauenbewegung begnügen sich Kommunisten nicht mit dem „Minimalkonsens“.

- Wir weisen in der gemeinsamen Aktion nach, wie heute das Verursa-

7 H. Mies: Die bundesdeutsche Arbeiterklasse von heute. Referat an die 8. PV-Tagung der DKP, November 1987. In „Arbeiterpolitik heute – Klasse, Krisen, Kämpfe“, Essen 1988, S. 32

cherprinzip durch die Klasse der Kapitalisten einen Zustand nicht nur der tendenziellen „Erschöpftheit“, sondern auch des Kollapses wichtiger Subsysteme des ökologische Gesamtsystems herbeiführt und zum Kippen bringt.

- Eingriffe politischer Art müssen das Verursacherprinzip fest im Blick haben – und nicht die „Anwender“. Eine CO<sub>2</sub>-Steuer, die letztlich nur dazu beitragen soll, dass die „Konsumenten“, das heißt die besitzlosen Massen der Werktätigen, die selbst kaum Einfluss auf die Entwicklung der klimaschädlichen Technologien und die deformierte Produktivkraftentwicklung haben, durch eine neue Massenverbrauchssteuer einen „grünen Umbau“ finanzieren. Das stellt die Ursachen der Umwelt- und Klimakatastrophe auf den Kopf und trifft nicht die Verursacher.
- In den konkreten Einzelmaßnahmen ist von einer generellen politischen Gesamtschau auszugehen, in der die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Planung und Steuerung von naturschonenden Technologien die Oberhand bekommt. Idealerweise wird das im Sozialismus durch die Vergesellschaftung der Produktion und die gesamtgesellschaftliche Planung erreicht. Genau dies befürchten die Kapitalisten. Sie sprechen deshalb von drohender „sozialistischer Ökodiktatur“.
- Antimonopolistische Zwischenschritte müssen die Frage des „ökologischen Umbaus“ verbinden mit der Frage nach der Verfügungsgewalt und der demokratischen Kontrolle. Dies muss mit der gleichen Intensität thematisiert werden wie die technische und stoffliche Seite von „naturfreundlicherer“ Produktivkraftentwicklung.

Die gesamtgesellschaftliche Planung muss von einem solchen Öko-Antrag als Notwendigkeit formuliert und die Notwendigkeit des perspektivischen revolutionären Bruchs vermittelt werden, der immer dringlicher und notwendiger wird.

# Die ökologische Krise gefährdet die Lebensgrundlage der Menschen!

## Notwendigkeit der antikapitalistischen Umweltpolitik im Anthropozän

Von Tina Sanders

Liebe Genossinnen und Genossen,  
ich möchte mit meinem Beitrag eine Vorstellung davon vermitteln, mit welchen ökologischen Krisen wir uns heute befassen müssen, da sie

1. die Lebensgrundlage der Menschen beeinflussen und auch nachhaltig schädigen oder zerstören
2. durch menschliche Aktivitäten ausgelöst sind
3. durch die kapitalistische Produktionsweise verstärkt werden.

Ich möchte versuchen deutlich zu machen, was der heutige Stand der Wissenschaft ist. Dabei gehe ich davon aus, dass wir grundsätzlich die Welt erkennen können, dass es in der Wissenschaft universelle Gesetzmäßigkeiten gibt, aber dass natürlich die Wissenschaft nicht außerhalb der politischen und gesellschaftlichen Diskussionen und Diskurse stattfindet.

### Zum „Stand der Wissenschaften“

Wissenschaft wird von Menschen gemacht, die sich auch irren können, aber Erkenntnisse durch „Trial and Error“ und Aneignung von Wissen vorantreiben. Gerade in den Naturwissenschaften sind die Entwicklungen von Ideen und Theorien stark geschichtlich abhängig und viele wissenschaftliche Theorien konnten erst nach Jahrzehnten oder Jahrhunderten wirklich bewiesen werden. Sie waren trotzdem anerkannter Stand der Wissenschaft. Ein sehr berühmtes Beispiel dafür ist die Relativitätstheorie von Albert Einstein. Vor 100 Jahren analysierte dieser, dass die Existenz von Gravitationswellen eine Denkotwendigkeit sei. Im September 2015 gelang der erste direkte Nachweis – ein Meilenstein. Die Verzerrungen der Raumzeit erlauben seither ganz neue Einblicke ins Universum.

Dabei war natürlich die Theorie von Einstein nicht von Anfang an von allen Wissenschaftlern akzeptiert, aber sie entwickelte sich immer weiter zur wahrscheinlichsten Möglichkeit. Auch vor 2015 wurde sie nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt, obwohl sie noch nicht nachgewiesen war, es gab aber keine ernsthafte alternative Theorie mehr.

Ähnlich ist es auch in vielen Bereichen der Naturwissenschaft und vor allem der Klimaforschung.

## **Menschengemachter Klimawandel**

Da gerade hauptsächlich der anthropogene (vom Menschen verursachte) Klimawandel vor allem durch die Bewegung „Fridays for Future“ (FFF) in den Medien ist, möchte ich damit anfangen. Aber bevor ich darauf eingehe, wie wir die Welt retten können, müssen wir erst mal klären, warum die Erde oder vielmehr die Lebensgrundlagen der Menschen auf der Erde in Gefahr sein sollten. Was sind Symptome, was sind Fakten, was ist Spekulation?

Was es erst einmal festzuhalten gilt, ist, dass der Klimawandel, vor allem die Erderwärmung, nicht das einzige Problem ist, das den Menschen betrifft und gleichzeitig von ihm verursacht wurde. Trotzdem möchte ich noch mal mit dem Klimawandel auf eine wichtige ökologische Krise eingehen.

Fast alle WissenschaftlerInnen, die sich mit Klima und Umweltfragen beschäftigen, sind sich darüber einig, dass der aktuelle Klimawandel, in erster Linie der weltweite Anstieg der Durchschnittstemperaturen, vom Menschen verursacht ist und immer bedrohlichere Formen annimmt. Richtigerweise geht es nicht darum, dass es eine mehrheitliche Entscheidung ist, sondern es geht um wissenschaftliche Fakten. Der Anstieg der Temperaturen wird mit dem Anstieg der Konzentrationen von sogenannten Treibhausgasen in der Atmosphäre in Zusammenhang gebracht. Daneben sind aber auch die Sonneneinstrahlung und regelmäßige Schwankungen der Erdachse oder andere geologischen Ereignisse für die Erderwärmung mit verantwortlich. Das sagt übrigens auch der sogenannte „Weltklimarat“, das von der UN bestellte „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC). Die Treibhausgase mit der Sonneneinstrahlung zusammen sorgen erst einmal grundsätzlich für einen Treibhauseffekt auf der Erde. Die Treibhausgase wirken klimaerwärmend, weil sie infrarote Strahlung in die Atmosphäre reflektieren. Das ist gut so, denn ohne diese Treibhausgase in der Atmosphäre könnten wir hier gar nicht existieren. Es wäre viel zu kalt.

## **Was sind Treibhausgase?**

An dieser Stelle sollten wir uns die Frage stellen: Was sind denn diese Treibhausgase überhaupt und warum führen sie zur Erwärmung der Atmosphäre? Zu den Treibhausgasen gehören Kohlenstoffdioxid, Methan, Lachgas und andere Spurengase. Ja, richtig, sie kommen nur in Spuren vor, sind aber trotzdem hoch wirksam. Grundsätzlich ist es natürlich richtig, dass immer die Konzentration eines Stoffes es zum Gift macht oder eben nicht. Nur die Tatsache, dass die Konzentration niedrig ist, ist kein Argument, dass es keine Auswirkung hat. Oder würdet ihr ein Glas Wasser mit einem 0,04-Prozent-Anteil Cadmium und Blei trinken? Würde ich nicht, denn der Grenzwert für Trinkwasser liegt bei 0,003 mg/l, was offensichtlich deutlich mehr verdünnt ist.

Kommen wir aber zurück zu den Treibhausgasen. Diese drei wichtigsten Treibhausgase entstehen sowohl durch natürliche – meist durch Mik-

roorganismen katalysierte – Prozesse, als auch durch Verbrennung von organischer Substanz, beispielsweise von Holz, bei Vulkanausbrüchen oder in Kraftwerken und Autos. Sie sind Teil von sogenannten Stoffkreisläufen, dem Kohlenstoff- und dem Stickstoffkreislauf, das heißt sie werden natürlich gebildet und auch wieder abgebaut. Das bedeutet, wenn die Kreisläufe im Gleichgewicht sind, bleiben ihre Komponenten, Bestandteile, Quellen und Senken im Weltmaßstab relativ stabil. Die Menschheit hat nun aber massiv in den Kohlenstoff- und Stickstoffkreislauf eingegriffen, maßgeblich durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern wie Erdöl, Erdgas und Kohle. Damit kommt es zu einer Anreicherung von  $\text{CO}_2$  und  $\text{CH}_4$  in der Atmosphäre. Neben der Verbrennung von fossilen Brennstoffen wurde durch das sogenannte Haber-Bosch-Verfahren Stickstoff fixiert und als Kunstdünger in den Stickstoffkreislauf gegeben. Das macht es zum einen heute möglich, deutlich mehr als 800 Millionen Menschen zu ernähren, nämlich eigentlich alle 8 Milliarden Menschen auf der Welt, wenn die Verteilung nicht der Profitlogik unterliegen würde. Es führte aber auch zu einer deutlichen Verstärkung der Emissionen von  $\text{N}_2\text{O}$ . Ein Treibhausgas, das 123mal klimateffektiver ist als  $\text{CO}_2$ , da es länger in der Atmosphäre verbleibt als  $\text{CO}_2$  und auch noch die Ozonschicht angreift. Die Wissenschaft und auch der IPCC sprechen eben nicht nur von  $\text{CO}_2$ , sondern von  $\text{CO}_2$ -Äquivalenten, es wird also quasi alles in  $\text{CO}_2$  umgerechnet.

### **Zum Begriff und Inhalt des Klimawandels**

Um zu verstehen, was „Klimawandel“ ist, müssen wir auch Wetter und Klima unterscheiden, denn mit dem Klimawandel wird es nicht einfach wärmer. Klima ist das Wetter in einem Bezugssystem von 30 Jahren. Hier wird vor allem mit Durchschnittswerten der Temperatur, des Windes und der Luftfeuchtigkeit gearbeitet. Das Wetter ist also das, was wir täglich erleben, und das Klima ist das mittlere Wetter von 30 Jahren. Als Referenz werden heute oft die Jahre 1960 bis 1990 genutzt, verglichen wird mit den Werten vor 1850.

Klimaänderungen gab es in Erdgeschichte, in den letzten 4,5 Milliarden Jahren, viele und auch sehr starke. Aber erst im sogenannten Pleistozän hat sich das Klima so weit stabilisiert, dass sich auch Lebensgrundlagen für Menschen entwickeln konnten. Innerhalb der letzten 2 Millionen Jahre gab es Warm- und Eiszeiten. Aber rasante Klimaänderungen haben sich meist durch Umweltkatastrophen ergeben, wie zum Beispiel Meteoriteneinschläge. In der wärmsten Warmzeit war es nur circa 5 Grad wärmer als 1850, aber die Pole waren komplett eisfrei und der Meeresspiegel deutlich höher. Heute leben wir erdgeschichtlich betrachtet im Holozän: Zeit nach der letzten Eiszeit, circa 10.000 Jahre. Die internationale Geologische Gemeinschaft diskutiert heute, ob wir in ein neues erdgeschichtliches Zeitalter eingetreten sind. Sie nennen es Anthropozän, da eben die Erde in fast allen Bereichen,

zum Beispiel im Boden, durch den Menschen beeinflusst ist. Dazu später mehr.

Was passiert durch den Anstieg der Durchschnittstemperaturen? Es steigt nicht nur die Temperatur, sondern auch die Energie in der Atmosphäre, Folgen sind zum Beispiel, der Anstieg des mittleren Meeresspiegels und die Zunahme von Extremereignisse wie Starkregen, Dürre oder Hurrikans. Durch die Erwärmung kommt es auch zum Abtauen des Eisschildes in der Antarktis, und Grönland, des Meereseises in der Arktis oder auch der Gletscher zum Beispiel in den Anden, dem Himalaja oder den Alpen. Die Folgen sind Überschwemmungen, es wird (gibt es schon) mehr Hurrikans, zum Beispiel in den USA (Atlantik) oder im Pazifik geben. Dürren in den Wüsten, Ausbreitung z. B. der Subsahara-Region, aber auch in der Anden-Region oder in den Wüsten zwischen USA und Mexiko ist dieses Phänomen zu beobachten.

Die Erderwärmung kann aber auch in einigen Bereichen Kettenreaktionen auslösen, die den Klimawandel weiter anheizen, wie das Tauen der Permafrostböden, die große Kohlenstoffspeicher – und auch von Stickstoff – sind und dann stärker  $\text{CO}_2$ , Methan und  $\text{N}_2\text{O}$  emittieren könnten. Etwas 25 Prozent der Landmasse der nördlichen Erdhalbkugel bestehen aus Permafrostböden. Da liegt mehr Kohlenstoff eingefroren als in allen Pflanzen der Erde gebunden ist.

### **Einschub: Tipping points – Qualitative oder quantitative Umschläge?**

Auch hier möchte ich einen Einschub machen. Diese sogenannten Tipping points sind keine „Entweder-oder“-Szenarien, sondern sie werden mit hoher Wahrscheinlichkeit einen quantitativen Anstieg mit einem qualitativen Umschlag ergeben. Gerade die Permafrostböden sind ein gutes Beispiel. Die Temperatur in der Arktis steigt deutlich schneller als im Rest der Welt, trotzdem ist es im Winter dort noch immer extrem kalt, aber die Wärmeperiode im Sommer dauert länger und es gibt viele überdurchschnittlich warme Tage. Im Sommer führt das dazu, dass tiefere Schichten des Bodens auftauen und damit mehr  $\text{CO}_2$  und häufig auch Methan freigesetzt wird. Weil der Winter aber kürzer wird, entsteht in Sibirien nicht mehr so viel neues Meereis, was dann die ganze Arktis betrifft.

Es gibt aber eben auch Szenarien, dass eine wärmere Arktis im Sommer auch mehr  $\text{CO}_2$  aufnehmen kann, die Pflanzen wachsen schneller, die Baumgrenze wandert weiter nach Norden, es wird also mehr  $\text{CO}_2$  gebunden als ausgestoßen. Das würde „netto“ eine Senkung des freien und damit die Atmosphäre aufheizenden  $\text{CO}_2$  bedeuten. Weil eventuell auch weniger Methan emittiert wird, da die Böden trockener werden und damit besser mit Sauerstoff versorgt werden. Dann haben die Methan oxidierenden Bakterien die Möglichkeit, Methan zu  $\text{CO}_2$  zu oxidieren. Dazu ist eine engagierte Diskus-

sion, sind Messkampagnen und Modellierungen im Gange, diese verlaufen manchmal hitzig, aber vor allem auf hohem wissenschaftlichem Niveau.

### **Ozeane**

Ein anderer großer Tipping point ist der Ozean: Die Ozeane und Meere nehmen viel  $\text{CO}_2$  auf, das machen sie nicht aktiv, sondern es kommt zu einem Ausgleich im Gesamtsystem der Gase in der Atmosphäre mit den Gasen im Wasser. Die Aufnahme von mehr  $\text{CO}_2$  führt dann aber zur Versauerung, weil  $\text{CO}_2$  in gelöster Form Kohlensäure ist. Diese große Aufnahmekapazität der Ozeane wurde am Anfang in den Modellen deutlich unterschätzt und wurde dann zum Beispiel in späteren IPCC-Berichten korrigiert. Heute sind die Ozeane aber mit der Aufnahme des  $\text{CO}_2$  an der Belastungsgrenze, das wird Probleme auch in der Nahrungskette, zum Beispiel ein Korallensterben auslösen. Denn Ozeane sind auch von einer anderen ökologischen Krise betroffen.

Noch viel stärker als in den Kohlenstoffkreislauf hat der Mensch in den Stickstoffkreislauf eingegriffen. Hier hat der Mensch vor allem durch Kunstdünger den Eintrag von reaktivem Stickstoff mehr als verdoppelt. Folgen davon sind: Nitratbelastung des Trinkwassers, Verlust an mikrobieller Diversität in den Böden, Ertragsrückgang in der Landwirtschaft, Belastung der Gewässer, Flüsse und letztendlich auch der Meere und Ozeane. Eine Folge davon ist die Ausbreitung der Sauerstoffminimum-Zonen in den Ozeanen. Sie werden auch Todeszonen genannt. In ihnen ist kein aquatisches Leben mehr möglich.

Diese wachsen seit Jahrzehnten und sie sind große Quellen für Methan und  $\text{N}_2\text{O}$ , diese Ökosysteme verlieren ihre Produktivität und damit geht eine Nahrungsquelle verloren. Welche konkreten Konsequenzen das haben wird, kann noch nicht ganz abgeschätzt werden.

### **Umschlagspunkte, Anthropozän und „Kapitalozän“**

Die Nährstoffkreisläufe sind eine von bisher neun definierten Bereichen, für die planetarische Grenzen angenommen und definiert worden sind. Dazu gehören:

- Klimawandel durch Erderwärmung
- Versauerung der Ozeane
- Stratosphärischer Ozonabbau durch das Ozonloch
- Atmosphärische Aerosolbelastung, genannt Smog
- Biogeochemische Kreisläufe, vor allem Stickstoff und Phosphor
- Süßwasserverbrauch
- Landnutzungsänderungen
- Verschränktheit der Biosphäre und damit Verlust von Biodiversität
- Einbringungen neuartiger Substanzen durch Müll und Schadstoffe in die Ökosysteme

Diese Idee der Umschlagpunkte, der „Tipping Points“, wird von Wissenschaftlern weiter verfolgt und entwickelt. Im Zeitraum von 2009 bis 2015 wurden mehr Daten und Erkenntnisse zusammengetragen. Danach würden noch mehr Bereiche definiert, wo die planetarischen Grenzen bereits angegriffen oder überschritten wurden. Alle diese Bereiche hängen direkt oder indirekt mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammen, denn diese führt zu Ressourcenverschwendung aufgrund der anarchischen Produktionsweise aufgrund von Profitinteressen.

### **„Anthropozän“**

In der Wissenschaft gibt es nun die Diskussion, das aktuelle Erdzeitalter nicht mehr Holozän, also die Zeit nach der letzten Eiszeit, zu nennen, sondern die Erdgeschichte nun nach dem Menschen zu benennen. Die aktuelle Erdgeschichte Anthropozän zu bezeichnen, das heißt, dass der Mensch vor allem die geologischen Prozesse, die Böden, und die Stoffkreisläufe verändert hat.

Die Geologische Gesellschaft hat diesem Vorschlag bereits zugestimmt. Die Debatte läuft jetzt vor allem darum, wann dieses Erdzeitalter begonnen hat. Dafür gibt es drei Hauptvorschläge. Erstens: 1800 als Beginn der Industrialisierung, zweitens der 6.8.1945, der Tag der Atombombe auf Hiroshima, oder drittens 1950 mit der „Great Acceleration“, also der großen Beschleunigung der Klimaerwärmung. In der „International Commission on Stratigraphy“ hat sich die Mehrheit der Mitglieder ihrer „Working Group on the „Anthropocene““ jetzt mehrheitlich für das Jahr 1950 ausgesprochen.

Paul J. Crutzen – der Erfinder des Begriffs Anthropozän –, ehemaliger Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemie in Mainz – Entdecker der Ozonlöcher – hat selber eine Diskussion auch in den Gesellschafts- und Sozialwissenschaften eingefordert, da es eben nicht nur eine geologische Frage ist. Crutzen hat übrigens auch an der ersten Studie mitgewirkt, wie sich ein Atomkrieg auf die Ökologie der Erde auswirken wird. Vom ihm stammt auch wesentlich der Begriff des „atomaren Winters“, da nach der Szenarienvorstellung ein Atomkrieg zwischen der Sowjetunion und den USA zu einer neuen Eiszeit geführt hätte und mehr Menschen an den ökologischen Folgen als den Bomben an sich gestorben wären.

Es gibt eben auch den Vorschlag, es statt Anthropozän Kapitalozän zu nennen. In diese Diskussion könnten wir uns als Marxisten einbringen.

Die Diskussion um planetarische Grenzen, auch um die Definition des Begriffs Anthropozän, wird nicht nur im wissenschaftlichen Elfenbeinturm diskutiert, sondern er unterliegt dem ideologischen Klassenkampf im Überbau. Wir dürfen nicht den Fehler machen, dass wir über diesem Klassenkampf die Grundlagen der Wissenschaft nicht akzeptieren. Wissenschaftliche Konzepte und Modelle müssen entwickelt werden, um ein System zu erarbeiten, es

muss vereinfacht und systematisiert werden, um es zu verstehen. Man darf dann aber nicht vergessen, dass es beliebig viel komplexer werden kann und vor allem die einzelnen Bestandteile des Systems miteinander in Verbindung stehen.

### **Kritiker der Klimawissenschaften**

Im nächsten Teil möchte ich mich mit der Kritik an der Klimawissenschaft beschäftigen. Ich möchte mir anschauen

1. Welche Kritik ist berechtigt und bezieht sich auf Fakten?
2. Welche Kritiken und Kritiker beziehen sich vor allem an die Berichterstattung der Medien?
3. Oder gibt sich die Kritik nur aus einer vereinfachten Wahrnehmung?

Hier möchte ich mit einem Beispiel arbeiten.

Es gibt berechtigte Kritik an einer wissenschaftlichen Veröffentlichung von Michael Mann, die allgemein als „Hockeyschlägertheorie“ in die Diskussion eingegangen ist.

Hier wurden Proxydaten genutzt, um die Temperaturen in der Vergangenheit abzuschätzen und sie dann mit den gemessenen Daten zu verbinden. Mann hat handwerkliche Fehler gemacht, seine Modellstrukturen nicht offengelegt und offensichtlich auch Daten manipuliert.

Einer der Hauptkritiker war damals Hans von Storch, deutscher Klimaforscher, Leiter des Max-Planck-Instituts für Meteorologie, Professor an der Universität Hamburg, Institutsleiter am Helmholtz-Zentrum und Mitbegründer des Exzellenzclusters in Hamburg.

Diese Fakten benutzen einige Kritiker, um nachzuweisen, dass die Grundidee des IPCC auf Datenmanipulation beruhen und weil Hans von Storch nicht in Talkshows auftritt, dass er in der Wissenschaftscommunity mit seinen Positionen an den Rand gedrängt wird. Beispiel sind hier der Artikel „Das Elend des deutschen Klima-Journalismus“ oder auch die Kommentare von Rainer Rupp auf der KenFM-Seite. Diese Artikel wurden auch von einigen GenossInnen innerhalb und außerhalb der DKP verlinkt und als Grundlage der Kritik an FFF oder der Klimawissenschaft an sich genommen.

Interessanterweise wird hier die Argumentation vor allem durch Weglassen von Informationen stringent gemacht. Was ist denn in den letzten 15 Jahren nach der Kritik von Hans von Storch in der Paläoklimaforschung passiert? In den Augen der Autoren wahrscheinlich nichts.

Oder es haben sich mehrere Forschungsgruppen daran gemacht, mehr Proxydaten zu sammeln, auszuwerten, in bessere Modelle zu geben, mit neuen Daten zu überprüfen. Proxydaten sind übrigens so was wie Baumringe, Eiskerne, Sedimentablagerungen, usw.

Genau das hat auch die Arbeitsgruppe von Hans von Storch am Helm-

holtz-Zentrum Geesthacht (HZG), heute unter der Leitung von Eduardo Zorita, gemacht, genau die, die Mann Anfang der 2000er für seine Arbeit kritisiert haben.

Hans von Storch ist jetzt übrigens in Rente. Er wurde aber häufig in Talkshows eingeladen, als das Klimathema noch nicht so en vogue war. Er hat auch Bücher geschrieben, die viel diskutiert wurden. Er war und ist auch heute noch ein Inbegriff des norddeutschen Professors.

Heute gibt es neue Veröffentlichungen, die die Ergebnisse von Mann bestätigen.

Gerade eine solche vereinfachte Kritik darf nicht Kriterium unseres Umgangs mit kritischer Wissenschaft werden.

Niemand in der Wissenschaft geht davon aus, dass nur CO<sub>2</sub> für den Klimawandel verantwortlich ist und schließt Sonnenaktivität aus.

Die planetarischen Grenzen müssen mit der Kritik der kapitalistischen Produktionsweise in Verbindung gebracht werden. Das werden wir heute auch noch in den Referaten hören und hoffentlich gemeinsam diskutieren.



Foto: Philipp Mimkes / wikimedia / CC BY 3.0

# Strategien der Herrschenden zur Einflussnahme auf und Funktionalisierung der Krise

Von Kurt Baumann

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich soll hier die Funktionalisierung der Klimakrise durch das Monopolkapital und ihre Einflussnahme auf die Krise beziehungsweise auf die die Krise beantwortenden Kräfte, konkret die Klimabewegung darlegen. Dabei geht es mir nicht darum, eine Bewegung zu beurteilen: es geht nicht um ein pro- oder contra. Dafür müsst ihr mir leider ein methodisches Vorwort erlauben.

Es geht um die Analyse der objektiv wirkenden Klassenkräfte, folglich um die Frage, in wessen Interesse ideologische Positionen, Forderungen und reale Politik gemacht werden. Das bedeutet, dass wir hier immer von Kräfteverhältnissen reden werden, denn nur den Kapitaleinfluss am Werke zu sehen ist der objektivistische Fehler, der das Kräfteverhältnis ignoriert und letzten Endes in Verschwörungstheorien landet und ganz praktisch von der falschen Prämisse ausgeht, das Kapital hätte bereits einheitliche Positionen oder sei im Prinzip allmächtig.<sup>1</sup> Diese Position findet sich in den Aussagen derjenigen Mitglieder des Parteivorstandes und des Sekretariats wieder, von denen in der UZ zu lesen war, dass sie die FfF-Bewegung von den Grünen unterwandert sehen.<sup>2</sup>

Auf der anderen Seite steht eine Position, die nur das Wirken junger Menschen für eine „gute Sache“ sieht und den Einfluss des Kapitals auf die Bewegung ignoriert. Auch die Hetze von Rechts tut ihr übriges, damit diese Position sich als antifaschistisch empfindet. Es bleibt freilich ein Antifaschismus der einfachen Negation. Hier drückt sich vielmehr eine subjektivistische Position aus, die die Erklärungen der Bewegung für das Wesen (und das wäre für uns immer das Klassenwesen) der Sache selbst hält. Politisch folgt daraus eine Bewegungseuphorie. Als Beispiel dafür wollen wir einen junge Welt-Artikel anführen: Claudia Wangerin schreibt in einer Anwendung der nicht ernsthaft linken Diskurstheorie,<sup>3</sup> dass allein dadurch, dass die Umweltbewegung ein

1 Ich danke der Genossin Beate Landefeld für diesen mir genannten wertvollen Gedanken zur Vermeidung des objektivistischen Fehlers. Sie hat ihn in „Finanzmarktgetriebener Kapitalismus – Was macht eigentlich die Bourgeoisie?“, 22.10.2008, online unter <https://belafix.wordpress.com/2008/10/22/finanzgetriebener-kapitalismus-was-macht-eigentlich-die-bourgeoisie/> und in Beate Landefeld/Andreas Wehr/Gretchen Binus: Staatsmonopolistischer Kapitalismus, Köln 2015 ausführlicher entwickelt.

2 Olaf Matthes: Ein nützliches Alarmzeichen, UZ 21.07.2019.

3 Die Theorien des Diskurses entstammen Ernest Laclau, der die materielle Realität subjektiv idealistisch aus den Diskursen der beteiligten Subjekte herleitete. Vgl. Robert Steigerwald: Marxismuskritik heute. Probleme, Widersprüche, Widerlegungen, Frankfurt am Main 1986, S. 84-91 (Kapitel Der „diskursive“ Revisionismus), besonders S. 88.

Thema setzen und damit die Rechten gegen sich aufbringen würde, dies praktischer Antifaschismus wäre.<sup>4</sup> Eine Positionierung allein – ohne dass damit der antidemokratische Staatsumbau angegangen oder den Faschisten die Massenbasis entzogen wäre, oder wenigstens ernsthafte Schritte in dieser Richtung unternommen würden, ist kein Antifaschismus. Tun wir nicht so, als seien wir frei von dieser kleinbürgerlichen Politikauffassung und würde sich nicht auch bei uns manchmal ein Politikbegriff, den wir früher bei den diversen K-Gruppen zurecht lächerlich gemacht haben,<sup>5</sup> durchsetzen: Auch wir halten manchmal ein Positionierung, eine Erklärung bereits für die Politik, die theoretisch daraus resultieren sollte.

Beide Positionen sind Ausdrücke der Schwäche der Arbeiterbewegung und ihres revolutionären Flügels. Als Reflektionen wird sich zum einen mit der eigenen Schwäche abgefunden (was dann den objektivistischen Fehler hervorbringt) oder alles, was sich im Umfeld bewegt, auf die eigene Seite gerechnet, ohne sich die Mühe zu machen, hier klassenanalytisch und ideologiekritisch Arbeit aufzuwenden (was den subjektivistischen Fehler, die Bewegungseuphorie hervorbringt).

Wollen wir dem entgegen, bedarf es einer objektiven Analyse der Klassenkräfte und des Kräfteverhältnisses, das wir hier wirksam vorfinden. Grundlage dieser Objektivität ist die kommunistische Parteilichkeit, die in einer doch sehr langen Tradition steht. Das Kapital, erklärt Marx, untergräbt die Arbeiter und die Natur und damit die Springquellen seines Reichtums. Der Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt ist also nichts, wobei man sich auf die Kapitalkräfte verlassen könnte. Im Gegenteil: Sie sind das Problem.

Das ist auch die praktische Gegenposition zu einem Revisionismus, der die Gattungsinteressen vom Interesse derjenigen loslöst, die das Interesse durchkämpfen müssten, also von denjenigen, die die Zukunft der Entwicklung vertreten: der Arbeiterklasse. Wer meint, zuerst das Klima zu retten oder Frieden zu erkämpfen oder den Faschismus zu schlagen und dann irgendwann später, wenn das mal fertig ist, Klassenkampf machen zu können, der befindet sich auf eben der schiefen Ebene, die Gorbatschow zum Prinzip machte und die zur Unterordnung unter die bürgerliche Gesellschaft führt, anstatt sie zu bekämpfen.<sup>6</sup>

Ich möchte mein Referat in drei Bestandteile gliedern: Zuerst möchte ich das grundlegende aktuelle Kapitalinteresse und die Art und Weise, in der das Kapital seine Interessen kundtut und organisatorisch durchsetzt, beschreiben.

Dann will ich im zweiten Teil erklären, mit welchen ideologischen Mitteln

4 Claudia Wangerin: Agenda-Setting-Antifa, jW 23.10.2019.

5 Willi Gerns/Robert Steigerwald/Günter Weiß: Opportunismus heute, Frankfurt am Main 1975, S. 43-46.

6 Vgl. Hans-Peter Brenner/Robert Steigerwald: Zu den Auseinandersetzungen in der DKP um den rechten und linken Revisionismus, Essen 2010, va. S. 74-77. Einige andere Positionen dieser Publikation sind von der Zeit überholt.

dies umgesetzt wird und welche dieser Positionen innerhalb der Bewegung wirksam sind. Und zum Schluss möchte ich – in der Vorbereitung auf Patriks Beitrag – eine grundsätzliche Überlegung anstellen. Das Monopolkapital braucht unter den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie eine Massenbasis. Soll diese mehr als nur zur Wahlurne mobilisiert werden, müssen Interessen oder Forderungen der nichtmonopolistischen Schichten aufgenommen oder wenigstens angesprochen und demagogisch, scheinbar zur Forderung gemacht werden. Auf dieser Grundlage müssen sich gesetzmäßig Bruchpunkte zwischen der Ideologie, die die Herrschenden verbreiten müssen, und den Möglichkeiten, den Interessen der nichtmonopolistischen Schichten entgegenzukommen, auftun. Das können im Verlauf des Kampfes der Bewegung Anknüpfungspunkte für uns sein, um hier antimonopolistische Kampforientierungen zu setzen und Klassenbewusstsein verbreiten zu können.

Zum Abschluss dieser Einleitung noch eine Abschwächung: Ich werde von Kapitalinteressen reden und wir alle haben dabei im Hinterkopf die Unterscheidung zwischen alten und neuen Industrien, wie sie die Geschichtswissenschaft der DDR für die Weimarer Republik und den deutschen Faschismus ausgearbeitet hat. Aktuell ist es sehr viel schwerer, die Monopol- als Interessengruppen zu beschreiben oder ihnen Parteien beziehungsweise Positionen zuzuordnen. Die Differenzen laufen quer durch die Parteien. Während Altmaier (CDU) für Subventionen ist und Katharina Reiche (ebenfalls CDU) sogar zum wahrscheinlich zu subventionierenden Energieanbieter EON wechselt,<sup>7</sup> (und gleichzeitig gemeldet wird, dass der Ökostromanteil in Deutschland steigt, was für die wahrscheinliche Subventionierung spricht<sup>8</sup>), ist der Gegenspieler in der Debatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

### **Klasseninteresse und Einflussnahme der Monopole**

Zunächst: Es gibt die Positionen, dass der „Klimahype“ vom Kapital gemacht wäre und die, dass sich Kapitalisten wesentlich mit der Leugnung des Klimawandels beschäftigen würden.<sup>9</sup> Für unsere Auseinandersetzung ist das wenig hilfreich, denn es gibt beides. Die Frage, die Kommunisten stellen müssen, ist vielmehr die: Warum tun Kapitalisten das eine oder das andere? Dazu wollen wir für unsere Analyse von dem Ort ausgehen, an dem die Kapitalisten ihre Interessen vereinheitlichen: dem bürgerlichen Staat.

Peter Altmaier, Bundeswirtschaftsminister der derzeitigen Regierung, stellt im Februar 2019 seine neue Industriestrategie vor. Diese soll Gegenstand einer bis 2021 dauernden Debatte um die weitere staats- und ordnungspolitische Ori-

---

7 Expolitikerin wechselt zu Eon, jW 12.09.2019.

8 Ökostromanteil in Deutschland gestiegen, jW 26/27.10.2019.

9 Als Beispiel für einen kapitalistischen Klimaleugner: Hans-Peter Brenner: US-Milliardäre und die Leugnung des Klimawandels. Zum Tod des elfteichsten Mannes der Welt, UZ 06.09.2019.

entierung der Industriepolitik sein.<sup>10</sup> Etwas an diesem Papier ist derart wichtig, dass es sowohl in der begleitenden Presseerklärung als auch im Vorwort des Programms von Altmaier selbst angesprochen wird: Unter bestimmten Bedingungen darf, sogar muss der Staat tätig werden „um schwere Nachteile für die eigene Volkswirtschaft und das gesamtstaatliche Wohl zu vermeiden“.<sup>11</sup> Diese Argumentation vorsorglich einzubauen, scheint sich gelohnt zu haben. Bereits jetzt gibt es aus den Kreisen der Union Gegenpapiere.<sup>12</sup> Diese erklären: „Eine anpassungsfähige deutsche Industrie kann maßgeblich dabei helfen, große Herausforderungen wie die demographische Alterung oder den Klimawandel zu meistern.“ – aber ohne Staatseingriffe.<sup>13</sup> Der Streit dreht sich, wie wir uns denken können, wenn von „eingreifen“ geredet wird, um die Funktion des Staates im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Kapital zu mobilisieren, ohne die die gigantischen Investitionen, die zur Umstellung derzeitiger Produktionsanlagen notwendig sind, nicht möglich werden. Diese Kapitalmobilisierung geschieht (je nach Kräfteverhältnis unterschiedlich) aber meist zu Lasten der nichtmonopolistischen Schichten der Bevölkerung.

Altmaier selbst benennt im Vorwort zu seiner Strategie die Ansiedlung von Photovoltaik-Unternehmen als Beispiel dafür, wie der Staat eingreifen kann und soll.<sup>14</sup> Der „Green-Tech-Sektor“ (was das heißt, wird sicherheitshalber im übrigen nicht erwähnt) wird in der Folge auch unter den Bereichen aufgeführt, in denen der deutsche Imperialismus „bereits heute und immer noch“ führend sei. Der Umweltschutz direkt hingegen wird als etwas gesehen, was sich der deutsche Imperialismus nur aufgrund der großen Menge an Industriearbeitsplätzen leisten könnte.<sup>15</sup> Meint: es ist ein Luxusproblem, eines der Öffentlichkeitsarbeit und der Imagepflege. Nur, falls jemand auf den Gedanken käme, der Staat sei an Umweltschutz interessiert. Wir finden hier eine Erhärtung der These, dass es um Kapitalmobilisierung geht.

Zur deutschen Automobilindustrie schreibt das Bundesministerium schleierhaft: „Die Vorgänge um erhöhte und manipulierte Abgaswerte, die Entwicklung von alternativen Antrieben und von Elektromobilität sowie die bedeuten-

10 BMWI (Hrsg.): Nationale Industriestrategie 2030. Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik, Berlin, Februar 2019, S. 18.

11 Pressemitteilung des Bundesamtes für Wirtschaft und Industrie (BMWI): Altmaier stellt nationale Industriestrategie 2030 vor, 5.2.2019, abrufbar unter <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20190205-altmaier-stellt-nationale-industriestrategie-2030-vor.html>.

12 Martin Greive, Jan Hildebrand, Klaus Stratmann: Sofortprogramm gefordert. Union will Unternehmen entlasten. Die Unionsfraktion hat ein Konzept für eine Industriepolitik erarbeitet. Die Skepsis gegenüber staatlichen Eingriffen ist größer als bei Wirtschaftsminister Altmaier, in: Handelsblatt, 23.09.20, Ebenda, S. 619.

13 CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Einordnung in die Industriepolitik in die soziale Marktwirtschaft. Beschluss vom 24.09.2019, Berlin 2019, S. 4, ausführlicher zur CO<sub>2</sub>-Steuer S. 7.

14 Peter Altmaier: Vorwort, in: BMWI (Hrsg.): Nationale Industriestrategie 2030, S. 2.

15 BMNW: Nationale Industriestrategie, S. 5.

*de Innovation des Autonomen Fahrens und die Entstehung völlig neuartiger Mobilitätskonzepte überhaupt“* seien Herausforderungen.<sup>16</sup> Verluste in anderen Bereichen könnten durch die Zuwächse in traditionell starken Bereichen aufgefangen werden. Hier dient dem Bundesministerium die Automobilindustrie – und gerade die Oberklassesegmente als Beispiel.<sup>17</sup> Auch hier lässt sich wahre Haltung zu Umweltfragen ablesen. Gleichzeitig gibt es hier – abseits der regierungsamtlichen Propaganda – einen deutlichen Warnschuss in diese Debatte: Mit dem Argument des Auffliegens der Schummelsoftware werden bei Bosch in Stuttgart und Schwieberdingen 1.600 Stellen<sup>18</sup> und im Bereich „automotive Steering“, wie die *jW* von diesem Wochenende meldet, weitere 1.000 abgebaut.<sup>19</sup>

Dennoch warnt er vor der falschen Unterscheidung zwischen „*neuen, sauberen*“ und „*alten, schmutzigen*“ Technologien. Diese Unterscheidung führe in die Irre.<sup>20</sup> Alle diese Gedanken, wann der Staat eingreifen dürfe und wann nicht, führen zu der Einschätzung, dass *„In den vergangenen Jahrzehnten haben sich diese Rahmenbedingungen durch staatliche Eingriffe z.B. aus Gründen des Umweltschutzes, des Klimaschutzes, der Energiewende oder der Sozialpolitik zum Teil deutlich verändert. Dies hat die Kosten und damit die Wettbewerbsposition gegenüber Ländern, in denen dies nicht der Fall ist, verschlechtert.“*<sup>21</sup>

Das deutsche Kapital, das darf in den Publikationen der Bundesregierung zwar nicht gesagt werden, entspricht aber der Realität, nähert sich der Krise.<sup>22</sup> Der Umstieg auf „grüne Produktion“ kann also sein:

1. Öffentlichkeitswirksame Möglichkeit der Imagepflege („greenwashing“),
2. Argument zur Kapitalmobilisierung gegenüber dem Staat oder
3. in der Angst, demokratische Bewegungen könnten Verbote erkämpfen, Schaffung eines Absatzmarktes. Die Krise droht, und nun bedarf es der Subventionen.

Deswegen wird aus allen Quellen Geld mobilisiert:

Aus der vom deutschen Imperialismus dominierten EU zum Beispiel soll mehr Geld für die deutschen Agrarkonzerne für Umweltschutzziele locker gemacht werden.<sup>23</sup> Kurz zuvor hatte sich der Verband der Großbauern (der „Deutsche Bauernverband“ DBV) über den Grünen Anton Hofreiter an die

16 Ebenda, S. 6.

17 Ebenda, S. 7.

18 Bosch baut 1.600 Stellen ab, *jW* 23.10.2019.

19 Bosch entlässt weitere 1.000 Mitarbeiter, *jW* 26/27.10.2019.

20 BNMWI: Nationale Industriestrategie, S. 13.

21 Ebenda, S. 14.

22 Warten auf den Schock, *jW* 12.09.2019.

23 Mehr EU-Agrargeld für Umweltschutz, *junge Welt (jW)*, 26.08.2019.

CDU gewandt: es bräuchte eine „*umfassende Ackerbaustrategie*“. Das konkretisierten die Großbauern: staatliche Gelder gegen die Auswirkungen des Klimawandels, vor allem in Form einer Versicherungsmöglichkeit gegen Dürren und Unwetter.<sup>24</sup> Die Subventionen der EU sorgen dafür, dass die Flächen zusammengelegt werden und der Boden monopolisiert, das führt zu Monokulturen und damit größerer Anfälligkeit für Dürren und Schädlinge. Den Grünen wie den Großbauern geht es nicht um Umweltschutz. Es geht um die Absicherung ihrer verfehlten Politik auf Kosten der nichtmonopolistischen Schichten, vor allem der kleinen Bauern. Dagegen machen diese im übrigen mobil: Leider gibt es auch da Widersprüche zwischen den Forderungen der Umweltbewegung und der kleinen Bauern.<sup>25</sup> Diese müssten im Rahmen von antimonopolistischen Alternativen aufgehoben werden.

Meines Erachtens können aus diesen Publikationen folgende Aussagen über das Kapitalinteresse getroffen werden:

1. Das Vorgehen, die Interessen des deutschen Großkapitals als die Interessen des deutschen Volkes auszugeben und durch eine Katastrophenstimmung über „*neue Gefahren*“, also angeblich die Klimakrise (verglichen wir das aber mit oben getroffenen Aussagen zu Umweltschutz und SUVs, ist hier ganz offensichtlich die „gelbe Gefahr“ oder die kommende Krise gemeint, oder auch eine Mischung aus beidem), kennt die Arbeiter- und demokratische Bewegung bereits. Es war die ideologische Begleitmusik zu den autoritären Formierungsbestrebungen Ludwig Ehrhardts in den 1960er Jahren und zur Agenda 2010.

In Anlehnung an Reinhard Opitz sprechen wir hier also von Formierung. Damit meinen wir die Unterordnung der Interessen der nichtmonopolistischen Bevölkerungsteile unter die Interessen der Monopole, ohne dafür den offenen Terror in Anspruch nehmen zu müssen. Dazu bedarf es, wie wir oben erläutert haben, einer Massenbasis. Zunächst als parlamentarische Massenbasis an der Wahlurne, dann aber gerne auch als außerparlamentarische Massenbasis auf der Straße.

2. Mit bemerkenswerter Offenheit spricht Altmaier aus, wie sehr der tatsächliche Umweltschutz, insofern er nicht dem Zuwachs an Produktivität oder der Steigerung der ökonomischen Macht des deutschen Imperialismus dient, außerhalb der auch nur zu diskutierenden Positionen liegt. In einem Papier, in dem Gründe für die staatliche Intervention genannt werden, hätte man dies erwarten können. Es gab aber nichts dergleichen.

<sup>24</sup> Bernd Müller: Ernteaussfälle wegen Dürre, jW 24/25.08.2019.

<sup>25</sup> Steffen Stierle: Aufstand der Bauern, jW 23.10.2019.

In Fragen des Umweltschutzes ist von der derzeitigen Interessenvertretung der deutschen Monopole nichts zu erwarten. Sie befindet sich aber in dem Widerspruch, dass zum Beispiel Großbauern die Auswirkungen tatsächlich spüren und ihre Interessen geltend machen. Sie muss die Realitäten der Klimaentwicklung also zumindest teilweise anerkennen.

3. Altmaier formuliert seine Strategie als Auftakt zu einer Debatte. Der Satz, die verschiedenen Industrien nicht gegeneinander auszuspielen, kann folglich als Äußerung betrachtet werden, die Interessen der deutschen Monopole zu bündeln und Ansprüche gegenüber dem Staat in der an die „schwarze Null“ gewöhnten Öffentlichkeit zu legitimieren. Die Tatsache, dass er diese Äußerung tätigen muss, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass es keine einheitliche Linie innerhalb des deutschen Monopolkapitals gibt. Es ist also die von Altmaier angedachte Debatte tatsächlich – aber eben mit den Methoden des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu erwarten.

Fassen wir zusammen: Einig ist sich das Kapital in seinem Interesse an der Formierung um das ideologische Einverständnis der Beherrschten zu den Interessen der Herrschenden zu organisieren. Widersprüche gibt es dort, wo einige Teile die Klimakatastrophe ignorieren können, während die Interessen anderer Teile des Kapitals diese Ignoranz nicht vertragen. Sie verlangen Kapitalmobilisierung oder den staatlichen Schutz ihrer Kapitalanlagen.

Sehen wir uns einige Beispiele an: Im August gab es die „erste nationale Luftfahrtkonferenz“: Da will man, unter dem Mantel „CO<sub>2</sub>-neutralen Fliegens“, nun Gelder einwerben.<sup>26</sup> Diese sollen aus der Luftverkehrssteuer gewonnen werden. Hier gibt es eine Kontroverse zwischen der Union und den Grünen, die spannend zu diskutieren ist: Scheuer (CSU) möchte die Luftverkehrssteuer der Unternehmer zur Forschung für klimafreundliche Maßnahmen einsetzen.<sup>27</sup> Konkret meint das, dass über das zentrale Instrument des staatsmonopolistischen Kapitalismus: die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) das Geld im Interesse der deutschen Banken und Konzerne zu bündeln und an die Forschung weiterzugeben. Die Grünen fordern das gleiche, aber mit einer Verdoppelung der Luftverkehrssteuer.<sup>28</sup> Gegen die Umweltverschmutzung hilft beides nicht. Hier unterscheiden sich die beiden Linien der öffentlichen Diskussion nur darin, wie viel Geld dort – über den Umweg der Flugsteuer, die auf die Tickets umgelegt wird, aus den nichtmonopolistischen Schichten herausgeholt werden kann beziehungsweise soll. Das ist die „Konsequenz“ der Klimapartei.

---

26 Lucas Zeise: CO<sub>2</sub>-neutraler Flugverkehr, jW 24/25.08.2019.

27 Ethis Angeloudis: Fliegen, aber klimaneutral, jW 22.08.2019.

28 Ebenda.

Die CO<sub>2</sub>-Steuer, wurde, durch die Proklamation vor allem der Grünen, kurzzeitig eine zentrale Forderung von FfF. Mittlerweile soll das umstrittener sein, auch wenn sich schriftliche Belege für diese Debatten weniger finden lassen.

Die CDU/CSU möchte die CO<sub>2</sub>-Steuer auch. Sie will sie nur umfassend und global gestalten, damit sich einzelne Unternehmen nicht durch Flucht entziehen können – schreiben sie.<sup>29</sup> Tatsächlich dienen alle diese Vorwände nur dem Ziel, Altmaiers Planung, Gelder zur Verfügung zu stellen, Riegel vorzuschieben.<sup>30</sup> Man will also das Geld einnehmen, aber in der Öffentlichkeit nicht sagen, was man damit tun soll. Eine Einflussnahme der Bevölkerung, also der nichtmonopolistischen Schichten, kann damit verhindert werden. Wenn es kein Ziel gibt, wird durch die Nichterfüllung dieses Ziels auch niemand von der herrschenden Politik abgeschreckt und wendet sich einer eventuellen Opposition zu.

Das hat durchaus Methode: Im August berichtete die junge Welt, dass die Kosten des Atommülllagers „Asse“ wieder gestiegen seien und es weder Kontrolle noch Möglichkeiten der Rückholung des Mülls gäbe.<sup>31</sup> Das, was der Bundesrechnungshof da kritisiert, heißt für uns: Es gibt nicht das geringste Interesse an öffentlicher Kommunikation. Denn das könnte ernsthafte Auseinandersetzung und unkontrollierte Aktivität der Bevölkerung nach sich ziehen. Das ist nicht gewünscht.

Die Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“, ein Thinktank argumentiert, es dürfe nicht mehr Geld ausgegeben werden.<sup>32</sup> Das ist die eine hier durch Kapitalvertreter erhobene Forderung. Die Forderung nach Investitionen in „grüne Technologie“ ist also eine Forderung eines anderen Teils des Großkapitals. Darin stimmt in ihrer Pressemitteilung vom 20. September die Linkspartei<sup>33</sup> im Bundestag per Presseerklärung genauso wie die „marxistische Linke“, die uns sogar das vom Investitionsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWW) zugunsten neuer Technologien, also eben eine der Forderungen des Kapitals, um sich vor der Krise zu sichern, für fortschrittlich

---

29 CDU/CSU-Fraktion: Einordnung, S. 7.

30 In der bürgerlichen Darstellung lesen wir dazu vor allem, die Union wolle „das Thema besetzen“. Der Autor fordert gar, man müsse nun auch umsetzen. Vgl. Thomas Siegmund: Zwei Konzepte, ein Ziel. Die CDU will mit aller Macht die Industriepolitik prägen. Peter Altmaiers Industrieoffensive erhält Konkurrenz aus den eigenen Reihen. Als Unterstützung, sagt die CDU-Fraktion. Doch auch Vorschläge sind Schläge, in: Handelsblatt, 24.09.2019. Das ist Ablenkung. In den Parteien des Stomakap-Staates wird Macht ausgeübt und das Interesse des Großkapitals ausgehandelt.

31 Andreas Riekeberg: „Asse“ ohne Aufsicht, jW 21.08.2019.

32 INSM: Initiative Neue soziale Marktwirtschaft: 12 Fakten zur Klimapolitik, Berlin 2019.

33 Klimapakete versagt beim Klimaschutz und vertieft soziale Spaltung. Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, 20.09.2019, unter <https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/klimapakete-versagt-beim-klimaschutz-und-vertieft-die-soziale-spaltung> abgerufen am 30.09.2019.

verkaufen will,<sup>34</sup> mit ein. Wir erwähnten den Weg, der vom „Menschheitsinteresse“ über Bewegungseuphorie zur Unterstützung des Kapitals führt, bereits weiter oben.

### **Umweltbewegung und bürgerliche Ideologie**

Die hier geübte Kritik ist sehr scharf. Und sie scheint dagegen zu sprechen, in ihr zu arbeiten. Und dennoch habe ich sie so ausführlich hergeleitet. „... die ideologiekritische Arbeit [gegenüber der ökologischen Bewegung] (ist) eine unverzichtbare Voraussetzung, um a) Klarheit in den eigenen Reihen zu schaffen, b) um zu einem richtigen bündnispolitischen Herangehen an das in der sogenannten ökologischen Reformbewegung formierte beziehungsweise sich formierende anti-imperialistische, nicht-proletarische Protestpotential zu kommen.“<sup>35</sup>

Zunächst zum Begriff: Wir nutzen hier den Begriff der bürgerlichen Ideologie nicht als Diffamierung. Es geht um die Erkenntnis, dass die herrschenden Gedanken einer Epoche die Gedanken der Herrschenden sind, dass diese sich spontan durchsetzen und demzufolge natürlich auch in der spontan und vor allem aus Jugendlichen bestehenden Bewegung sich durchsetzen.

Robert Steigerwald hat einmal hergeleitet, warum es dabei geht: „Das Ausweichen-Wollen und Ausweichen-Können ist eben bei den Angehörigen abhängiger Mittelschichtenweir stärker ausgebildet als in der Arbeiterklasse. Damit verbunden ist aber auch, daß der Protest solcher Mittelschichtler oft weit wehleidiger, sentimentaler, „weicher“, „philanthropischer“ ist als in der Arbeiterklasse. Und zugleich haben wir oftmals das unvermittelte Umschlagen dieses „weichen“ Protests in aktivistische, sich an putschistischen und gegebenenfalls sogar an terroristischen Aktivitäten orientierende Formen des Protestes.“<sup>36</sup> Dieses Vorgehen, und die entsprechend sich durchsetzen beziehungsweise zur Rechtfertigung dieser Praxis entwickelten oder aufgenommenen Ideologien bilden den Inhalt dieses Bereiches des Referats.

Die Spuren dieses bürgerlichen Bewusstseins sind in vielen Äußerungen zum Beispiel bei ‚Fridays for Future‘ zu finden: FFF Potsdam kritisiert, „dass unsere Landesregierung in den letzten Jahren nur unzureichend zur Vermeidung der drohenden Klimakatastrophe gehandelt hat.“<sup>37</sup> Das Stichwort „un-

34 Internationaler Währungsfond: Markt versagt beim Kampf gegen Klimaerwärmung, [http://www.kommunisten.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=7646:internationaler-waehrungsfond-markt-versagt-bei-kampf-gegen-klimaerwaermung&catid=77:analysen](http://www.kommunisten.de/index.php?option=com_content&view=article&id=7646:internationaler-waehrungsfond-markt-versagt-bei-kampf-gegen-klimaerwaermung&catid=77:analysen), 16.09.2019, abgerufen am 30.09.2019.

35 Robert Steigerwald/Manfred Buhr: Verzicht auf Fortschritt, Geschichte, Erkenntnis und Wahrheit. Zu den Grundtendenzen der gewärtigen bürgerlichen Philosophie (=Manfred Buhr (Hrsg.): Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Heft 100), Frankfurt am Main 1981, S. 106.

36 Robert Steigerwald: Protestbewegung. Streitfragen und Gemeinsamkeiten, Frankfurt am Main 1982, S. 19.

37 „Fridays for Future“ Potsdam rief am Freitag abend zur Teilnahme an einem Aktionscamp auf, jW 26.8.2019.

sere“ wie auch die naive Idee, die jeweiligen Landesregierungen wären etwas anderes als die Lokalausschüsse, in denen das Kapital jeweils das gemeinsame Interesse aushandelt, zeigt diesen Fakt. Diese Ideen sind naiv, nicht gefährlich.

Gefährlich wird das erst, wenn FFF Potsdam weiterhin schreibt: „Um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten, muss die nächste Landesregierung effektive Maßnahmen für den Klimaschutz einleiten.“<sup>38</sup> Zum einen ist das ein kaum verhüllter Wahlauf Ruf für die Grüne Partei. Hier könnte aber auch eine Position anknüpfen, die den starken, durchsetzungsfähigen Staat fordert. Das ist in Zeiten des laufenden Rechtsrucks nicht ausgeschlossen. Es sei daran erinnert, dass auch die letzten Angriffe auf die Interessen und Rechte der Arbeiterklasse inklusive des Demokratieabbaus und dem ersten Kriegseinsatz nach 1945 mit einer grünen Regierungsbeteiligung und einer entsprechenden grünen Massenbasis durchgesetzt wurden. Hier sprechen wir von der objektiven Möglichkeit des Anknüpfens von rechten Kräften. Diese Jugendlichen werden das subjektiv nicht wollen.

Sehr viel klarer sieht die Deutsche Umwelthilfe (DUH) die Konflikte. Deren Geschäftsführer, Jürgen Resch, sieht sehr klar die Abhängigkeit Scheuers von den Automobilkonzernen und fordert dennoch von eben dieser Regierung, man „müsse die Rahmenbedingungen ändern und die Hersteller zu einer ‚Radikalkur‘ zwingen“. Sie sollten zu höheren Emissionsabgaben gezwungen und Boni für sparsame Autofahrer bereitgestellt werden. Auch eine „Stärkung der kollektiven Verkehrsmittel“ findet sich dabei.<sup>39</sup> Nur ein Mittel, Druck auf die gekaufte Politik auszuüben, findet er noch nicht. Es fehlt ihm die Arbeiterbewegung, die über die Massenbasis und das Druckpotential verfügt, an seiner Seite. Auch das sollte uns ein Anknüpfungspunkt sein. Seine Kritik ist sonst durchaus systemintern: Die Produktion von SUVs sei ein „industriepolitisches Desaster“. Aber wir sehen sehr deutlich, wie sehr hier der Widerspruch zwischen dem Anliegen, innerhalb des Kapitalismus sinnvoll und im Einklang mit der Natur produzieren zu lassen, auf die Realität des staatsmonopolistischen Kapitalismus trifft und sich damit Widerstandsperspektiven ergeben.

Sehen wir uns das Bewusstsein länger organisierter Kräfte an, so sind Erkenntnissprünge sichtbar: „*In der Vergangenheit wurde deutlich, dass es nicht reicht, an Politikerinnen und Politiker zu appellieren*“, erklärte eine Aktivistin gegen den Braunkohleabbau. Die Forderung geht aber dann auch nicht darüber hinaus. „*Wir wollen Aufmerksamkeit für unsere Forderung wecken, Klimaneutralität bis 2030 zu gewährleisten*.“<sup>40</sup> Anstelle von Politikern wird nun an die ganze Menschheit appelliert, es wird „Aufmerksam-

---

38 Ebenda.

39 Ethymis Angeloudis: SUV-Fasten für Verkehrswende, jW 21.08.2019.

40 Gitta Düperthal im Interview mit Clara Tempel: „Wir wollen die Bewegung noch breiter aufstellen“, jW 22.8.2019.

keit“ gefordert. Hier sehen wir eine bürgerliche Ideologie der Postmoderne wirken. Anstatt auf die eigene Kraft zu vertrauen, wird eine „Repräsentation“ im „allgemeinen Diskurs“ gesucht. Diese Aufgabe der konkreten Verantwortlichkeit, von Klassenkräften ganz zu schweigen, führt zur Unterordnung unter die Kräfte, die dann etwas unternehmen. Und wenn man das nicht selbst ist, ist es meist der Klassegegner.<sup>41</sup>

Eine andere Form bürgerlicher Ideologie ist der linke Radikalismus, mit dem viele der bürgerlichen Gegner hier zu Werke gehen. Weil für sie das Auto als Form der Fortbewegung breits erledigt ist, blockieren sie die Autoausstellung IAA. Die Gruppe „Sand im Getriebe“ ignoriert dabei, dass die Besucher der IAA meistens ganze Kollegien aus den Betrieben sind, dass der Grund für viele Besucher eben nicht greenwashing ihrer Konzernspitze, sondern Arbeiterstolz ist. Damit werden Brüche zwischen Arbeiterbevölkerung und Umweltbewegung zugelassen. Die Unternehmerpropaganda, Umweltschutz, koste Arbeitsplätze, tut ihr übriges.<sup>42</sup>

Es gibt eine Tendenz zur Utopienbildung in diesen Erklärungen. Diese schlägt, sieht man sich besetzte Äcker und ähnliche Gelegenheiten an, um in die Forderungen „kleiner, überschaubarer ‚basisdemokratisch‘ orientierter Gemeinschaften“, mitsamt sanfter Technologien, eben der alten Ideologie der Freiräume.<sup>43</sup> Gerade dort, wo Teile einer postmodern „Links“ orientierten Szene Einfluss gewinnen, werden auch andere dieser und sehr ähnlicher Ideologien greifbar. So wird „Gemeinschaft, Leben, Persönlichkeit, Selbstbestimmung – als Äußerungen des weiblichen Prinzips“ gefordert. „Sie ständen konträr zum männlichen Prinzip der Zivilisation, Gesellschaft, Technik, Leistung.“ Das kritisiert schon Robert Steigerwald 1981!<sup>44</sup> Und wir finden es wieder in der Ideologie der kurdischen Kräfte, die sich an Abdullah Öcalan orientieren und ihren Einfluss sowohl auf die postmodernen Szene-Anhänger als auch auf die FfF oder Extinction Rebellion ausüben. Das gipfelt in der Aussage Öcalans, dass eine Ökonomie, die von Frauen geführt würde, keine Umweltverschmutzung bedingen würde.<sup>45</sup>

Das Eingreifen dieser kurdischen Kräfte (und viel mehr der an ihnen orientierten Szene-Kräfte) ist widersprüchlich zu bewerten. Denn sie bringen angesichts der Dynamik in Syrien die Frage von Krieg und Frieden ein. Gleichzeitig haben sie, siehe das eben angeführte Zitat Öcalans, die Möglichkeit, eine solche Bewegung vollkommen zu desorientieren und ausufernde Debatten über „toxische Männlichkeit“ zu führen, die jede politische Bewegung töten.

41 Vgl. Robert Steigerwald: Marxismuskritik heute, S. 88.

42 Gitta Düperthal im Gespräch mit Marie Klee: „Es muss die letzte IAA gewesen sein“, jW 11.09.2019. Ebenfalls Lenny Reimann: Protzfahrzeuge am Pranger, jW 11.09.2019.

43 Steigerwald: Marxismuskritik heute, S. 34/35.

44 Steigerwald/Buhr: Verzicht, S. 98.

45 Abdullah Öcalan: Liberating Life: Woman's Liberation, Neuss 2017, S. 50.

Gleichzeitig kann dieser Utopismus sowohl Auslöser für die Suchbewegung junger Aktivisten hin zu einer gesellschaftlichen Idee werden, die das Ganze der Welt erklären und zur Veränderung hintreiben kann. Oder es kann eben der lebensphilosophische Pseudo-Sozialismus Öcalans genommen werden, um die technokratische Sachzwang-Argumentation in ebenso für das Kapital ungefährliche Bahnen abzulenken. Beide Ideologien lassen die zentralen praktisch-politischen bürgerlichen Losungen zu: Mit beiden kann argumentiert werden, dass der Gürtel enger geschnallt werden muss (einmal um unsere Privilegien zu hinterfragen und einmal um wettbewerbsfähig zu bleiben). Mit beidem kann Arbeitsplatzabbau gerechtfertigt werden (einmal ist Industrie ein männliches Verhalten gegenüber der Umwelt (Öcalan: Kapitalismus ist konstante Vergewaltigung der Frau, und da diese die Mutter Erde ist, der Erde) und einmal wegen der Produktionsumstellung wegen des Klimas). Robert Steigerwald hat das mal die Konvergenz zwischen den beiden wesentliche spätbürgerlichen Ideologien: der Lebensphilosophie und dem Positivismus genannt.<sup>46</sup>

### **Bruchpunkte zwischen bürgerlicher Ideologie und antimonopolistischem Bestreben**

Erinnern wir uns an das Beispiel von FFF Potsdam: Es war noch „unsere Landesregierung“, von dieser wenden sich die Jugendlichen aber ab. Und es scheint ein Prozess zu sein, der zu Eigenaktivität der Jugend und zur Organisierung führt. Jugendliche, die fähig sind, eigene Camps zu organisieren, bieten genauso sehr Anknüpfungspunkte für diejenigen, die sie als Massenbasis missbrauchen wollen wie für diejenigen, die das Vertrauen auf die eigene Kraft ernst nehmen und ernst meinen, dass man die Welt nur verändern kann, wenn man es selbst in die Hand nimmt. Die Eigenaktivität und die Entfernung der Jugendlichen von der „etablierten Politik“ bietet Anknüpfungspunkte für die richtigen Alternativen zur „Alternativlosigkeit“ der Krisenverarbeitung durch das Monopolkapital. Das Klimapaket der Bundesregierung wirkt hier als Brandbeschleuniger: Die Differenz zwischen den Forderungen und dem, was die Bundesregierung umsetzt, ist zu deutlich. Hier besteht die Chance, das Ganze mit der Demokratiefrage zu verbinden. „Ende Gelände“ zum Beispiel schreibt, das Bündnis wird „am 30. November mit einer Massenaktion des zivilen Ungehorsams in der Lausitz selbst für den sofortigen Kohleausstieg sorgen.“<sup>47</sup>

Die Tendenz der Abwendung von der etablierten Politik und die Sehnsucht, sich repräsentiert zu sehen, wie wir es bei der jungen Kohlekraftgegnerin gesehen haben, sind ebenfalls Anknüpfungspunkte für uns. Sicher sind die di-

<sup>46</sup> Steigerwald/Buhr: Verzicht, S. 40. Ausführlicher: Andrés Gedó: Philosophie der Krise, Frankfurt am Main 1978.

<sup>47</sup> Nika Mahlhaus, Pressesprecherin „Ende Gelände“, in: jW 26/27.10.2019.

versen „Repräsentanzideologien“ revisionistisch und führen zu politischem Blödsinn, aber sie sind ebenfalls Ausdruck einer empfundenen Verlassenheit. Starke Kampfkollektive, die sich dieser jungen Leute, die da kämpfen wollen, annehmen und ihnen nicht nur die einfache Negation: „nicht mehr die bürgerlichen Politiker“, sondern eine ernsthafte Alternative: eben antimonopolistische Alternativen anbieten, zu Kämpfen aufrufen und sie entschieden mitführen, würden dieser Orientierung eine reale Basis geben. Der postmoderne Nonsens lässt sich dann äußerst selten halten.

Die deutsche Umwelthilfe, aber auch die Proteste zum Beispiel von Greenpeace gegen die Produktion von SUV<sup>48</sup> sollten unsere Aufmerksamkeit erhalten. Hier lassen sich in Anlehnung an Diskussionen zur Rüstungskonversion Diskussionen organisieren, die die Arbeiter dazu bringen, sich zu überlegen, was sie denn eigentlich produzieren wollten. Damit kommen wir in sonst in der Sozialpartnerschaft verhafteten Belegschaften möglicherweise Schritte vorwärts. Die Falle, die es dabei zu vermeiden gilt, ist dieselbe wie bei der Rüstungskonversion auch: Wir wollen nicht den Kapitalisten bessere Produkte anbieten, wir wollen in den Arbeitern die Erkenntnis wecken, dass sie der gesellschaftliche Gesamtarbeiter sind und ohne sie nichts produziert werden kann.

Gleichzeitig würden wir damit der Spaltung zwischen Arbeitern, vor allem in der Automobilbranche und Umweltbewegung, zuvorkommen. Am Beispiel „Sand im Getriebe“, aber auch am Beispiel der besonders massenfeindlichen Aktionen von „Extinction Rebellion“ ist aber zu erkennen, dass wir auch dafür in der Umweltbewegung harte ideologische Überzeugungsarbeit werden leisten müssen.

Das Schlusswort für meine Ausführungen, liebe Genossinnen und Genossen, überlasse ich Hans Heinz Holz: *„Das sind nur Stichwörter zu einer Analyse der globalen Probleme. Aber sie zeigen, dass die globalen Probleme zwar universell die Menschheit als ganze betreffen, dass sie aber gerade wegen des systemimmanenten Widerspruchs zwischen den Sonderinteressen der Herrschenden und den Allgemeininteressen, in denen sich die Beherrschten befinden, nur im Klassenkampf bewältigt werden können. Ihre innere Widersprüchlichkeit macht die bürgerliche Gesellschaft unvernünftig; und in einer unvernünftigen Gesellschaft gibt es keine ‚Koalition der Vernunft‘ (mit welchem anderen Prinzip sollte die Vernunft auch koalieren?!), sondern nur eine Koalition der Vernünftigen, die sich – sicher zunächst zu Reformen, aber doch auf lange Sicht zur Errichtung der anderen, vernünftigeren Gesellschaftsordnung – zusammentun.“*<sup>49</sup>

48 Protest gegen Klimakiller, jW 11.09.2019.

49 Hans Heinz Holz: Niedertage und Zukunft des Sozialismus, Essen 1992, S. 36.

# Reingehen – nicht hinterherlaufen

## Die Aufgaben der Kommunisten in und mit der Umweltbewegung

Von Patrik Köbele

### Zur Diskussion um das IG-Metall-Transformationsprogramm

Ich fange mit einer kleinen Vorbemerkung an. Es wurde zurecht die Frage aufgeworfen, wo denn bei diesem IG-Metall-Transformationsprogramm der antimonopolistische Ansatz sei. Und ich glaube, mit dem Widerspruch, der da formuliert wurde, wird etwas sehr Richtiges angesprochen. Natürlich ist dieses Transformationsprogramm ganz stark davon geprägt, dass eine Gewerkschaft ihre Aufgabe darin sieht, an den Staat zu appellieren, Geld zur Verfügung zu stellen, damit das Kapital, das dahintersteht, die Branche umbauen kann, um die Arbeitsplätze der Beschäftigten wieder zu erhalten. Es ist also ein typisches sozialpartnerschaftliches Programm.

Und trotzdem ist es ein Ansatzpunkt für antimonopolistische Politik, weil nämlich letzten Endes eine Gewerkschaft die Frage stellt: Was wird denn produziert? Und dabei nur noch nicht erkennt, dass sie eigentlich die Frage stellen muss: Wir müssen die Macht kriegen zu entscheiden, was produziert wird. Und das ist ja letzten Endes in der Ökologiefrage auch eine der entscheidendsten Punkte. Das heißt nämlich kurz gesagt: wenn nicht die Massen die Macht bekommen zu entscheiden, was produziert wird. Um zu entscheiden, dass so produziert wird, dass die Menschen auf der Welt eine Perspektive haben, dann wird sich die Ökologiefrage nicht endgültig lösen lassen. Und wenn das kein Ansatz zur Entwicklung antimonopolistischer Alternativen, zur Verbreitung sozialistischen Klassenbewusstseins, zur Organisierung der nichtmonopolistischen Schichten unter der Führung der Arbeiterklasse, eben ein kommunistischer Ansatz ist, dann weiß ich auch nicht, was ein kommunistischer Ansatz ist.

### „Mäßigkeitsvereinsstifter, Winkelreformer der buntscheckigsten Art“

Die Frage Klasse, Bewegung, Bündnis, Aktion, Partei, die ist so alt wie die kommunistische Bewegung selber, deswegen fange ich mit Zitaten aus der Geburtsurkunde der kommunistischen Bewegung, nämlich dem Kommunistischen Manifest, an. Dort gibt es diese schöne Stelle: *„In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei. Sie unterlässt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten.“*

Also erst mal wird da ja der Weg aufgemacht, ja, wir paktieren notfalls auch mit der Kraft, von der wir wissen, dass sie spätestens morgen reaktionär, unterdrückend, autoritär wird, aber dieses Bündnis darf uns nicht dazu bringen, dieser Klasse hinterherzulaufen, sondern wir müssen jetzt schon deutlich machen, dass sie morgen zu unseren Unterdrückern gehören werden, gehören können. Und wie machen wir das? Auch das sagt das Manifest schon, ich könnte mir das eigentlich schenken, es sagt nämlich: *„In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.“*

So, und ich glaube, damit ist auch eine Aufgabenstellung für den Umgang mit der Ökologiebewegung gegeben. Wenn wir dort nicht die Klassenfrage hineinbringen, dann laufen wir letzten Endes einer bürgerlichen Bewegung hinterher und tun genau das, was Marx und Engels gesagt haben, was man eben nicht machen darf, darauf zu verzichten, die Positionen zu benennen.

Aber auch Marx und Engels wussten schon, und ein drittes Zitat belegt das, dass es natürlich immer auch einen Charakter von Kräften gab, der darauf abzielte, das Proletariat an realen Widersprüchen abzuholen, und dann allerdings in die Erhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu integrieren. Das hat Kurt gerade durchaus belegt, wie man das eben mit dem realen Widerspruch der Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen machen kann, wenn man dann eben die Massen über die Forderung der CO<sub>2</sub>-Steuer einbindet in eine Strategie, die Massen gegeneinander auszuspielen und ihnen das Geld zu nehmen, um den Umbau für die bessere Verwertung seines Kapitals machen zu können.

Und da sagen sie dann im Manifest: *„Ein Teil der Bourgeoisie wünscht den sozialen Missständen abzuhelpfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern. Es gehören hierher Ökonomen, Philanthropen, humanitäre Verbesserer der Lage der arbeitenden Klassen, Wohltätigkeitsorganisierer, Abschaffer der Tierquälerei, Mäßigkeitsvereinsstifter, Winkelreformer der buntscheckigen Art.“* Manches erkennt man wieder, manches nicht. Aber sie sagen dann, wenn er, der Bourgeois, das Proletariat auffordert, seine Systeme zu verwirklichen und in das neue Jerusalem einzugehen, so verlangt er im Grunde nur, dass es in der jetzigen Gesellschaft stehen bleibe, aber seine gehässigen Vorstellungen von derselben abstreife. Und das ist Reformismus, was da beschrieben wird.

### **„Ideologisch-theoretische Substanz des nichtproletarischen Protests“**

Und diese Frage Verhältnis zu Bewegungen und Verhältnis zu Ökologiebewegung ist ja auch für die DKP nichts Neues. Ab Ende der 1970er Jahre, vor allem auch in der Bewegung gegen Kernkraftwerke, war die DKP ja am Anfang durchaus führend, ich erinnere an den Kampf gegen das Kernkraftwerk Bühl im Kaiserstuhl, wo die DKP vor allem durch die Person Balthasar Ehret, Rheinischer und Landwirt, führend war.

Allerdings auch immer in einer Auseinandersetzung mit anderen Kräften, die zwar sowohl das Atomprogramm der reaktionären Landesregierung ablehnten als auch versuchten, eine antisozialistische Stoßrichtung reinzutragen, weil sie wiederum den Widerspruch ausnutzten, dass aufgrund des Systemwettkampfes im Weltmaßstab, der ja auch etwas mit Versorgung mit Energie zu tun hatte, auch die sozialistischen Länder sich gezwungen sahen, Kernkraft für Energiegewinnung einzusetzen. Und diese reaktionären Kräfte versuchten dann natürlich, die Stoßrichtung der berechtigten Bewegung gegen die Kernkraftwerke hier auch in eine Bewegung, ja, des dritten Weges letzten Endes überzuführen und zu sagen, „Ja, aber bloß nicht so wie im realen Sozialismus“.

Diese Situation hat dann natürlich auch durchaus Debatten in die DKP reingetragen. Und 1982 reagierte die Partei darauf. Robert Steigerwald veröffentlichte das Buch „Protestbewegung“, das ich uns allen nur noch mal wirklich sehr ans Herz legen kann, weil es für unsere heutige Debatte hochspannend ist.

Es gibt dort ein Kapitel, das nennt sich „*Ideologisch-theoretische Substanz des nichtproletarischen Protests*“, und dort geht Robert darauf ein, wie wir an solchen nichtproletarischen Protest herangehen müssen. Und es ist hochspannend, er unterzieht die damalige Ökologiebewegung einer scharfen, einer ganz ganz scharfen philosophischen und ideologiekritischen Kritik. Er benennt insgesamt 14 Punkte, und das beginnt damit, dass er sagt: Stoßrichtung gegen den realen Sozialismus. Und das war damals im Weltmaßstab die wichtigste Frage des Klassenkampfes. Er sagt: Stoßrichtung gegen moderne Industrien. Er sagt: Stoßrichtung gegen proletarische Organisationen. Also viel härter kann man ja eine Bewegung nicht kritisieren.

Und kommt dann zum Ergebnis: reingehen. Vor dem völlig richtigen Punkt, dass er sagt, auch diese Bewegung beginnt ja an einem realen Widerspruch, nämlich dem Widerspruch, dass es eine Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen gibt, und es ist unter den Bedingungen eines entwickelten Imperialismus auch völlig nicht verwunderlich, dass bürgerliche Ideologie führend in dieser Bewegung ist und dass bürgerliche Ideologie, und nicht nur Ideologie, sondern Politikapparate und anderes, auch versuchen, diese Bewegung zu instrumentalisieren für die schlimmsten Orientierungen im Klassenkampf.

Aber wenn wir nicht hineingehen, dann machen wir doch genau den Punkt, dass wir die sich bewegendenden Menschen genau dieser Strategie überlassen, und eben nicht das Potenzial nehmen, dass ein Widerspruch, der real ist, bei ihnen zu Widersprüchen führt und wir die sind, die die Möglichkeit haben, diese Widersprüche in eine fortschrittliche, in eine positive Richtung zu orientieren.

### **Erneuerer-Auseinandersetzung und falsche Reaktionen darauf**

Die Auseinandersetzung um das Verhältnis zu Bewegungen begleitet die DKP und war auch ein zentraler Bestand der Ende der 1980er Jahre beginnenden Auseinandersetzung mit der reformistischen Strömung der Erneuerer. Aber es gibt

heute eine falsche Reaktion darauf. Es gibt heute oftmals die Reaktion, die heißt: Ihr habt damals so völlig in die Friedensbewegung orientiert, dass es letzten Endes logisch war, dass kleinbürgerliches Bewusstsein in die DKP eindrang.

Das ist aus meiner Sicht falsch. Das ist zumindest undialektisch. Weil es andersrum so war, dass wir in diese Bewegung tatsächlich wichtige Dinge reingetragen haben, die strategisch von zentraler Bedeutung waren, zum Beispiel die Zusammenführung der Friedensbewegung und der Arbeiterbewegung. Und da waren wir doch auch erfolgreich. Ich kann mich noch daran erinnern, dass wir in der Lehrwerkstatt bei Daimler-Benz es tatsächlich schafften, den Kampf um die 35-Stunden-Woche und den Kampf um die Friedensfrage zusammenzuführen. Dass eine Aktion zum Beispiel war, Friedenstauben mit dem 35-Stunden-Wochen-Aufkleber als Abschiedspunkt zu dem Warnstreik auf die Maschinen zu stellen. Das war doch im Bewusstsein eines Teils der Arbeiterklasse ein Prozess, den das deutsche Kapital immer gefürchtet hat wie noch was, nämlich eine Politisierung eines Streiks. „*Das ist ja bei uns verboten. Darf man doch gar nicht, politische Streiks.*“

Und ja, trotzdem hat natürlich diese Bewegung auch auf uns gewirkt. Und ja, sie hat auch dazu geführt, dass es ideologisch zu dem Problem kam, dass auch Genossinnen und Genossen von uns die Gattungsfrage nicht nur als eine zentrale Handlungsfrage, sondern als eine von der Klassenfrage gelöste Frage zu betrachten begannen. Und genau an dem Punkt wird es grundfalsch. Und das ist tatsächlich eine Aufgabe, die die Kommunistische Partei in ihrer Arbeit in Bündnissen, die sich mit Gattungsfragen wie auch der Ökologiefrage befassen, auch in ihrer inneren Arbeit beachten und auch bekämpfen muss.

Aber ich finde, sie ist in der Ökologiefrage heute dermaßen einfach zurückzudrängen, weil nämlich völlig auf der Hand liegt, dass die Lösung der Ökologiefrage für die Menschheit in der Gesamtheit ohne Planung nicht möglich ist, und Planung ist ohne Sozialismus nicht möglich, und Sozialismus ist ohne Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht möglich. Und das liegt meines Erachtens so offen auf der Hand, dass wir es auch tatsächlich hineinragen können in die Bewegungen, um die es geht.

### **Partei und Bewegung**

Darauf hat übrigens damals die Partei durchaus auch reagiert. Es ist vielleicht etwas zu spät gekommen, aber es wäre ein zweites Stück Literatur, das ich empfehlen würde, nämlich das Buch „*Klasse, Demokratie, Aktion*“, herausgegeben von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Kurt Fritsch. Im Kapitel „*Parteiorganisation und Bewegung*“ wird dort entwickelt, dass Initiativen und Bewegungen häufig eine spontane Distanz zur Arbeiterbewegung haben. Und dass über diese spontane Distanz es auch zu einer Verfestigung von Konzeptionen kommen kann, die diese Distanz zu einer richtigen und prinzipiellen neuen Form der Politik erklären. Also FFF ist alles und die Arbeiterbewegung ist nichts. Dies führt dann

auch oft zu einer Absage an die Arbeiterbewegung und umgekehrt bei Teilen der Arbeiterbewegung auch zu einer Distanz. Auch das erleben wir heute. Aber auch das ist nicht völlig neu. Manchmal appellieren dann auch Sozialdemokraten an sowas. Ein damaliges Beispiel war zum Beispiel Holger Börner, SPD-Ministerpräsident von Hessen, der an diese Distanz der Arbeiterbewegung appellierte, was in dem Zitat zum Ausdruck kam, das er verwendete, als er über den Protest an der Startbahn West sprach: *„Ich bedaure, dass es mir mein hohes Staatsamt verbietet, den Kerlen selbst eins auf die Fresse zu hauen. Früher auf dem Bau hat man solche Dinge mit der Dachlatte erledigt.“* Manche von euch, die Älteren, werden das noch kennen. Das ist der Versuch, die Distanz der Arbeiterbewegung, die sich aus der Distanz auch der nichtproletarischen Bewegung ergibt, zu missbrauchen, um die Distanz zwischen beiden zu vertiefen. Und das weist uns natürlich auf eine zweite Aufgabe hin. Ja, wir haben in den Organisationen der Arbeiterbewegung gegen diese Distanz zu wirken. Und ja, da ist es gut, dass es Gewerkschaftsbeschlüsse gibt, die sich erst mal mit dem realen Widerspruch auseinandersetzen, nämlich der Klimafrage, der Ökologiefrage, und die sagen, wir müssen auf ein Zusammenführen von Bewegungen orientieren.

Dabei, und das, glaube ich, war ein wichtiger Punkt, der auch in dem Buch von Kurt Fritsch zum Ausdruck kommt, dürfen wir nie den Fehler machen, dass wir Bewegungen mit reaktionären Konzeptionen, die Teile dieser Bewegungen oder auch führende Köpfe dieser Bewegungen haben, gleichsetzen. In dem Buch heißt es: *„Die Kommunisten setzen diese Bewegungen nicht solchen Konzeptionen gleich. Sie stellen den wirklichen demokratischen Bewegungen auch nicht ihre wahren Losungen entgegen. Demokratische Bewegungen sind eine in vielleicht vielerlei Hinsicht neue Herausforderung für die revolutionäre Partei unseres Landes. Zu den Grundsätzen der Bündnispolitik der DKP in demokratischen Bewegungen gehört die Wahrung der politischen, ideologischen und organisatorischen Selbstständigkeit der Partei. Dies verweist uns darauf, dass ein Hinterherrennen niemals eine richtige Politik ist.“* Das heißt auch im konkreten, ich stimme mit Tina überein, dass ein Nein zur CO<sub>2</sub>-Steuer nicht ausreicht, aber es ist der Ansatzpunkt, um die Diskussion in die Bewegung reinzutragen, warum man denn überhaupt glaubt, diesen Umweg über Steuern gehen zu müssen. Das ist doch schon eine typisch kapitalismusedeschuldete Herangehensweise, dass man sagt, Steuerung der Produktion geht eigentlich nur über Bepreisung von irgendwas. Da können wir doch sagen: Steuerung der Produktion geht doch eigentlich viel einfacher. Wenn wir gemeinsam darüber bestimmen, was im Interesse der Menschheit produziert wird, dann brauchen wir doch keine Bepreisung von CO<sub>2</sub>, sondern dann werden wir eine Produktion entwickeln, die genau das zum zentralen Punkt macht.

## **Fragen zur Bewegungsanalyse**

Was bedeutet das für heute? Ich glaube, wir müssen, wenn wir an Bewegungen herangehen, mehrere Faktoren immer für unsere Analyse als Grundlage nehmen.

Erstens müssen wir wissen. Was ist der tatsächliche Widerspruch, an dem sich eine Bewegung entzündet? Und was bedeutet dieser Widerspruch für die Situation und Perspektive der Arbeiterklasse, der Werktätigen, der Gattung Mensch und ihre natürlichen Lebensgrundlagen?

Zweitens: Wie ist die Interessenslage der Arbeiterklasse, der Werktätigen, anderer nichtmonopolistischer Schichten? Und hierbei ist sicherlich auch zu beachten, und auch das können wir durchaus inhaltlich reintragen, dass die Arbeiterklasse die einzige Klasse ist, deren Interessen nicht im Widerspruch zu Menschheitsinteressen steht.

Drittens: Wie ist die soziale Zusammensetzung der Bewegung? Also nicht nur des Kaders, sondern der Bewegung.

Aber viertens auch: Wie ist die soziale Zusammensetzung des Kaders? Wie ist er politisch orientiert?

Fünftens: Wie ist die Interessenslage des Monopolkapitals, verschiedener Kapitalfraktionen?

Sechstens: Welche Ansatzpunkte gibt es für die Verbreitung bürgerlicher Ideologie? Bei der Ökologiebewegung zum Beispiel natürlich immer. Die Verzichtsideologie als ein wesentliches Moment bürgerlicher Ideologie.

Und siebtens. Wie sind die Ansatzpunkte für Verbreitung sozialistischer Ideologie?

Und achtens, das wäre dann der Punkt Distanz zur Arbeiterbewegung: Was bedeutet diese Bewegung für unsere Aktionseinheits- und Bündnispolitik.

## **Schlussfolgerungen**

Wenn wir das jetzt auf die Klimabewegung anwenden, dann komme ich zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. Die Erderwärmung, und hier bitte beachtet, dass ich noch gar nicht über den menschengemachten Anteil spreche, ist ein logischer Teil der Ökologiefrage. Sie ist real und wird weitreichende Konsequenzen für die Lebensbedingungen der Menschen haben. Ich verstehe da auch nicht, wie manche Freunde, Kolleginnen und Kollegen, die gar nicht in Zweifel ziehen, dass es eine Klimaveränderung gibt, die möglicherweise in Zweifel ziehen, dass das was mit menschlichem Handeln zu tun hätte, wie sie zum Ergebnis kommen, dass man dann nicht trotzdem sich mit den Folgen auseinandersetzen muss, weil es ja völlig egal ist, was die Ursache für die Klimaveränderung ist, sie werden unter den Bedingungen der hohen Bevölkerung dieser Erde zu anderen Konsequenzen führen wie Erderwärmungen in anderen Phasen. Und sie werden zu Flucht, Migration und Kriegen führen, solange es den Imperialismus gibt. Und natürlich stehen wir in der Verantwortung, uns zu überlegen, was das denn dann bedeutet und auch heute uns Gedanken über die Folgen zu machen.

2. Die Interessenslage der Arbeiterklasse, der Werktätigen, ist natürlich der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen in der Gesamtheit, aber auch die Abwehr der Folgen der Erderwärmung. Und dazu gehört auch, dass der Anteil, der unter anderem

auf die Verbrennung fossiler Energieträger zurückzuführen ist, planmäßig minimiert werden muss. Dabei ist allerdings zu beachten, und da sind wir wieder an der Planung und der Frage der Menschheitsinteressen, dass es nach wie vor große Teile der Menschheit gibt, die über zu wenig Energie verfügen, um ihre menschlichen Grundbedürfnisse nach Wohnen und Mobilität zu befriedigen. Das heißt, wir müssen gegen jeglichen Eurozentrismus in dieser Frage kämpfen, und wir müssen auch deutlich machen, dass natürlich alle Menschen ein Recht auf Entwicklung haben und dass das natürlich vor allem noch für die Länder gilt, für die Bevölkerungen in den Ländern gilt, die in Unterentwicklung gehalten wurden und gehalten werden.

Der 3. Punkt ist: Ja, es ist keine proletarische Bewegung. Die Mehrheit der Agierenden sind Jugendliche aus bürgerlichen, kleinbürgerlichen Kreisen. Allerdings ist die Zusammensetzung örtlich wohl auch sehr unterschiedlich. Und, das muss man doch auch sagen, die Klassenperspektive dieser Jugendlichen ist unter den heutigen Bedingungen trotzdem oftmals eine proletarische, weil wir ja diese Tendenz der Prekarisierung oder der Proletarisierung auch von kleinbürgerlichen Kreisen überall erleben. Und vor allem: Es sind unsere Bündnispartner. Es sind nichtmonopolistische Schichten.

Der 4. Punkt: Ja, der Kader kommt im Wesentlichen aus dem Bürgertum, Kleinbürgertum und ist politisch wahrscheinlich ein Großteil den Grünen, kleinere Teile vermutlich der Linkspartei und der SPD zuzuordnen. Das heißt natürlich auch, dass wir uns klar sein müssen, dass wir möglicherweise mit diesem Kader scharfe politische Auseinandersetzungen haben müssen. Aber nennt mir eine Bewegung der letzten vierzig Jahre, wo das anders war. Übrigens auch nicht in der Friedensbewegung. Was war das immer eine Klopperei mit Sozialdemokraten oder Maoisten, die uns immer vom Stoß gegen Pershing II und Cruise Missiles abbringen wollten und auch eine damalige Äquidistanz zwischen US-Imperialismus und Sowjetunion. Die größte Katastrophe wäre das ja gewesen, wenn das passiert wäre, weil das nun mal die weltweit zentrale Klassenfrage des Kampfes zwischen den Ländern des realen Sozialismus und dem Imperialismus war.

Und der nächste Punkt: Ja, es gibt Ansatzpunkte für die Verbreitung bürgerlicher Ideologien, nicht zu knapp, Verzichtsideologie, es gibt eine Strategie der Herrschenden, die hat Kurt umrissen. Aber diese Strategie setzt sich doch dann durch, wenn wir ihr nichts entgegensetzen. (Zwischenrufe) Die weggehen vom Individualverkehr, ja, da bin ich völlig bei dir. Aber das ist ja auch ein Punkt, wo wir konkret werden müssen in der Debatte mit dieser Bewegung, weil wir sagen müssen, ja wir können sogar skizzieren, wie eine Energiewende, wie eine Mobilitätswende, wie eine Verkehrswende in diesem Land aussieht, nämlich weg vom Individualverkehr und hin zu einem besser ausgestatteten öffentlichen Nahverkehr und Fernverkehr und Vergesellschaftung der Energieproduzenten.

## **Ökologie und Klassenkampf**

Ein erster Punkt, für die Verbreitung sozialistischen Klassenbewusstseins, das

habe ich schon genannt, ist die Frage: Wir müssen die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt stellen, aber wir müssen das runterbrechen. Wir können zum Beispiel solche Konzepte der Nachverdichtung, die wir in der Kommunalpolitik erleben, doch in der Regel sozial zuordnen. In Essen ist es so, der Norden, das sind die armen Stadtteile, der Süden sind die reichen, nachverdichtet wird im Norden, dort wird die Verkehrswende nicht geplant, sondern neue Autobahnen gebaut. Das ist das soziale Strickmuster.

Das zweite ist, Wohnen und Heizen, da sind wir wieder bei der CO<sub>2</sub>-Steuer. Es ist doch völlig klar, das ist ein Ansatzpunkt für konkreten Klassenkampf. Wir müssen doch sagen: Die CO<sub>2</sub>-Steuer verteuert das warme Wohnen. Das trifft die armen Menschen. Wir müssen dagegen mobilisieren.

Das dritte ist: Diese Wohnungen, die gebaut werden und die nicht über vernünftige Heizungen verfügen, die gehören jemandem, und da verdienen sich Leute eine goldene Nase dran, zum Teil mit Schrottimmobilien, die verbrecherisch an Menschen gegeben werden, die in der Regeln natürlich erst recht keine Ökobilanz haben.

Aber da wird doch Ökologie konkret, und sie wird konkret mit den Lebensverhältnissen. Oder die Verkehrsplanung. Was wird geplant in den Städten? Straßen, Autobahnen, kein öffentlicher Nahverkehr, kein vernünftiger Fernverkehr. Oder fährt doch mal, einige haben es ja heute gemacht, mit dem Fernverkehr.

Ich bin die letzten Monate zehnmal nach Berlin gefahren. Von den zehnmal war, glaube ich, neunmal der Zug nur die Hälfte, weil sie nämlich die ICE-Teile nicht mehr zusammengekoppelt kriegen, weil sie nämlich die Wartung nicht durchgeführt haben, weil sie ihr Personal abgebaut haben, weil sie an die Börse gehen wollten. Und das kann man auf dem Bahnsteig wunderbar verbreiten, wenn da die Durchsage kommt, „Zugverspätung wegen verspäteter Zugbereitstellung“, dann rufe ich immer: „Das ist doch Personalabbau!“ Oder beim letzten Mal, als wir wieder auf einen anderen Bahnsteig hetzen mussten, sage ich: „Seit sie an die Börse gehen wollten, ist alles besser geworden.“ Da lacht sich alles kaputt. Aber das sind doch die Punkte, wo wir tatsächlich auch den Widerspruch säen können.

Und dabei dürfen wir nicht missachten, dass es natürlich die Gefahr gibt, dass durch diese Dinge bürgerliche Ideologie auch bei uns eindringt. Aber das können wir doch nicht der bürgerlichen Ideologie vorwerfen, sondern das können wir doch letzten Endes nur uns vorwerfen, wenn wir uns dagegen nicht wappnen, indem wir zum Beispiel solche Konferenzen wie heute organisieren oder eine vernünftige Bildungsarbeit der Partei. Wenn wir das machen, dann muss ich sagen, habe ich große Hoffnungen, dass, wenn wir auf die jungen Menschen zugehen, mit Klassenstandpunkt, mit Parteilichkeit, mit unserer Weltanschauung, mit konkreten Reformvorschlägen zum Beispiel im Bereich der lokalen Verkehrspolitik oder im Bereich der Wohnungspolitik, dann glaube ich zumindest, dass wir das Samenkorn des Klassenwiderspruchs in ihr Bewusstsein tragen können. Und dann kann es uns gelingen, dass sie nicht alle den Bürgerlichen hinterherlaufen. Wenn wir sie allein lassen, werden sie das tun. Das dürfen wir nicht. Deswegen: Aktiv werden!

# Klimawandel – Grün geht nur Rot!?

Von Gerd Manecke

Seit Entstehung unserer Erde vor ca. 4,5 Milliarden Jahren hat sich das Klima unseres Heimatplaneten ständig geändert. Verschiebungen der Sonnenumlaufbahn, Katastrophen durch Kometen- und Asteroideneinschläge, Veränderungen der Gaszusammensetzung unserer Atmosphäre sowie Vulkanismus durch Supervulkane haben dies allein oder im Zusammenspiel erreicht. All diese Veränderungen hatten natürliche Ursachen und waren verantwortlich für mindestens fünf globale Massensterben von Lebewesen – Tiere wie Pflanzen – bei denen insgesamt 99 Prozent aller Lebensformen ausstarben. Das klingt dramatisch, ist es ja auch – aber letztlich haben wir als Art *Homo sapiens* ihnen zu verdanken, dass wir die Chance bekamen, uns zu dem zu entwickeln, was wir heute sind. ... nämlich zu der Art, die für das zurzeit sich abspielende 6. Massensterben (der Verlust der biologischen Vielfalt) ursächlich verantwortlich ist. Doch das nur am Rande als sarkastische Anmerkung.

Die ersten 5 Massensterben fanden alle im Erdaltertum statt, in dem es noch keine Menschen gab. Allerdings gab es auch in den letzten 5 Millionen Jahren Katastrophen globalen Ausmaßes, verursacht durch Ausbrüche eines der, übrigens noch heute existierenden, 47 Supervulkane unserer Erde.

Vor 74.000 Jahren vernichtete der Ausbruch des Toba in Indonesien mit seinem Ascheregen fast alle Menschen Indiens bis auf etwa 600, was sich noch heute genetisch nachweisen lässt. Der darauf einsetzende vulkanische Winter dauerte mehrere Jahre. Der Ausbruch des Yellowstone-Supervulkans vor 70.000 Jahren vernichtete die gesamte Großtierfauna Nordamerikas. Heute wissen wir ebenfalls, dass die sogenannte Völkerwanderung unserer germanischen Vorfahren durch plötzliche klimatische Veränderungen, denen jahrelange Missernten folgten, verursacht waren. Ursache war der Ausbruch des Supervulkanen in Indonesien.

Die durch Asterix bekannt gemachte Angst der Kelten, dass ihnen der Himmel auf den Kopf fallen könne, war wahrscheinlich real! Im heutigen Niederbayern im Chiemgau verwüstete ein einschlagender Asteroid weite Landesteile und tötete alles Leben.

Also fassen wir zusammen: das Klima ändert sich ständig. Weswegen befassen wir uns als politisch denkende Menschen dennoch mit diesem Klimawandel? Ist es nur ein Bildungsinteresse, um unsere Erkenntnisfähigkeit zu schulen? Was ist es, das uns treibt, uns einzumischen?

Seit mindestens 1950 fällt meteorologisch tätigen Wissenschaftlern eine stetig steigende Durchschnittstemperatur auf. Das heißt, es werden rund um den Globus an tausenden von Messstellen Geodaten gesammelt und ausgewertet. Diese gemittelten Daten beweisen eindeutig, dass wir einen deutlichen Anstieg der Durchschnittstemperaturen – also einen Klimawandel – erleben.

Im Alltagsbewusstsein eines Menschen ist dies erlebnismäßig kaum wahrzunehmen, denn was wir erleben, sind eigentlich nur Wetterphänomene, und diese werden individuell unterschiedlich erlebt. Trockene Sommer, verregnete Sommer, Überschwemmungen, schwere Stürme, all das gab es schon immer; Wetter ist zudem lokal begrenzt. Das Wetter unterscheidet sich oftmals auf engstem Raum. Regnet es in Hanau und Steinheim, haben wir in Bruchköbel Sonnenschein oder zumindest Trockenheit. Das ist normal. Und so wundert es nicht, dass sich auch Wissenschaftler ordentlich zankten und es 40 Jahre – also bis 1990 dauerte, bis es zu einer wissenschaftlichen Übereinkunft kam, die besagte, dass es sich um einen Klimawandel handelte, an dessen Verursachung Menschen hauptsächlich beteiligt sind. Eine Klimaerwärmung in einer Zeit, in der eigentlich wieder ein gemächliches Zugehen auf die nächste Kaltphase – der Eiszeit – fällig wäre.

Messungen in der oberen Atmosphäre zeigten eine veränderte Zusammensetzung der klimawirksamen Gase auf und bei der genaueren Analyse fielen solche auf, die aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe stammten.

### **Was sind klimawirksame Gase?**

Unsere Erde ist von einer schützenden Schicht von Gasen umgeben, die überhaupt erst das Leben in der hier vorliegenden Form ermöglicht hat. Diese Schicht war nicht von Anbeginn der Erde vorhanden und ihre Zusammensetzung änderte sich oft und auch dramatisch. Anfangs, vor circa 4,5 Milliarden Jahren, gab es überhaupt keine Atmosphäre und als sich die ersten Lebewesen in Form von Bakterien bildete sogenannte Anaerobier – die es heute noch gibt – hätten wir keinerlei Chance zum Überleben gehabt, denn es gab kaum nennenswerten Sauerstoff. Dies änderte sich für die damaligen Bakterien dramatisch, als Cyanobakterien – Aquarianern sind sie besser als Schlier- oder Blaualgen bekannt – begannen, Sauerstoff zu produzieren und damit das erste große Massensterben unseres Planeten auszulösen, denn für die bis dahin lebenden Anaerobier ist Sauerstoff das pure Gift. Sie konnten fortan nur noch im Verborgenen existieren – bis heute.

Treibhausgase sind Gase, die unter anderen die Fähigkeit haben, die Wärmeabstrahlung der Erde zu vermindern. Und das ist auch gut so, denn ohne diese schützende Funktion hätten wir auf unserer Erde eine durchschnittliche Temperatur von minus 18 Grad C. Man muss sich das so vorstellen: die von unserer Sonne geschickte Wärmestrahlung würde zwar tagsüber den Planeten erwärmen, nachts würde aber der Erwärmungseffekt durch die Wärmeabstrahlung wieder zunichte gemacht – ähnlich wie dies auf unserem Nachbarplaneten Mars der Fall ist. Mit diesen natürlichen Treibhausgasen kommen wir auf eine Durchschnittstemperatur von plus 15 Grad C.

In Deutschland entfallen die Treibhausgas-Emissionen hauptsächlich auf CO<sub>2</sub> (Kohlendioxid 87,9 Prozent), CH<sub>4</sub> (Methan 6,2 Prozent), N<sub>2</sub>O (Lachgas

4,35 Prozent) der Rest verteilt sich zu 1,6 Prozent auf die sogenannten F-Gase (wasserstoffhaltige Fluorkohlenwasserstoffe, perfluorierte Kohlenwasserstoffe, Schwefelhexafluorid sowie Stickstofftrifluorid), letztere Gase sind zwar mengenmäßig noch nicht so bedeutend, aufgrund ihrer langen Halbwertszeit und Potenz aber beachtenswert. Als Beispiel Schwefelhexafluorid, ein Stoff, der bei der Produktion von Flachbildschirmen und Photovoltaikzellen benötigt wird, hat eine atmosphärische Halbwertszeit von 740 Jahren und er ist 17.200 mal wirksamer als Kohlendioxyd. Alle diese F-Gase sind künstlichen Ursprungs. FCKW aus der Kühltechnik ist hier das bekannteste. Wurde bereits 1989 verboten (Ozonloch!) und durch FKW ersetzt, was zwar ozonneutral, aber, wie es sich herausstellte, wesentlich klimaschädlicher war als sein Vorgängerprodukt. Es ist übrigens im Oktober 2016 ebenfalls verboten worden (Kigali-Konferenz Ruanda), allerdings mit einer Laufzeit bis 2046!

### **Kohlendioxid**

Ist ein geruch- und farbloses Gas und hat in der Atmosphäre eine Verweildauer von 120 Jahren. Das heißt, alles was hier und heute in die Luft geblasen wird, wird also auch im Jahre 2136 noch seine Wirkung entfalten. Kohlendioxid ist ein natürlich vorkommender Stoff. Er ist elementarer Bestandteil der Photosynthese bei den Pflanzen (aber auch einiger weniger Tiere!) die mit ihm, Wasser und Sonnenlicht Zucker herstellen – und von dem letztlich fast alle Lebewesen ihre Existenz verdanken.

Das durch die kapitalistische Produktion zusätzlich ins Spiel gebrachte CO<sub>2</sub> ist ebenfalls ein Naturprodukt: es sind die sogenannten fossilen Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas, deren Ge- und Verbrauch eine beispiellose Entwicklung der Produktivkräfte ermöglicht hat.

Beginnend mit der Erfindung der Dampfkolbenmaschine Anfang des 18. Jahrhunderts sind bis heute durch die anarchistische Wirtschaftsweise des Kapitalismus ein Großteil der durch die Photosynthese gebundenen Energien der Sonne vieler Millionen von Jahren in historisch kürzester Zeit wieder freigesetzt worden. Dieser Mechanismus besitzt meiner Meinung nach einen zentralen Stellenwert bei dem Verständnis der Problematik des menschenverursachten Klimawandels, der zwar wissenschaftlich mittlerweile nicht mehr angezweifelt wird, aber im Alltagsbewusstsein noch lange nicht angekommen ist – vor allem, was die Folgen dessen betrifft. Politischer Ausdruck dessen, ist die Leugnung des menschenverursachten Klimawandels durch die AfD. Ich will dies erläutern.

### **Kohle, Erdgas und -öl sind pflanzlichen und tierischen Ursprungs**

Kohle entstand in dem nach ihm benannten Zeitalter des Karbons vor ungefähr 360 Millionen Jahren. Riesige Wälder bedeckten das Festland der Erde. Es war warm, die Pflanzen erreichten riesige Höhen – als Beispiel: unser noch heute

existierender Ackerschachtelhalm, der kaum über 30 cm groß wird, erreichte über 20 Meter. Es entstand eine ungeheure Biomasse, die den Sauerstoffgehalt auf 35 Prozent erhöhte und es Insekten ermöglichte, später nie mehr erreichte Größen zu erlangen (Libellen mit 80 cm Spannweiten). Diese Pflanzen starben ab, sedimentierten im Wasser, verrotteten aber nicht, sondern bildeten unter Abwesenheit von Sauerstoff Torf, welcher von Sedimenten wie Ton oder Sand überlagert wurde. Der so erzeugte Druck bewirkt im Laufe von Millionen von Jahren die Verdichtung des Kohlestoffanteils. Aus Torf wurde Braunkohle, aus Braunkohle Steinkohle. Je höher der Kohlenstoffanteil, umso höher der Energiegehalt und damit der Heizwert.

Letztlich ist Kohle also gespeicherte Sonnenenergie.

### **Steinkohle ist die Sonnenenergie von 300 Millionen Jahren**

Braunkohle ist die Sonnenenergie von circa 50 Millionen Jahren, sie ist also erdgeschichtlich jünger.

Erdöl und -gas haben eine andere Entstehungsgeschichte: sie gehen auf pflanzliche und tierische Kleinlebewesen im Wasser zurück, die ebenfalls unter Luftabschluss sedimentierten. Sie sind natürlich ebenso Kinder der Photosynthese und somit Enkel der Sonnenenergie. Sie haben wie Steinkohle einen Entstehungszeitraum von 300 Millionen Jahren.

Diese in Kohle, Erdöl und -gas konservierte Energie der Sonne hunderter Millionen von Jahren wurde und wird zum Großteil innerhalb weniger Menschenschlechter freigesetzt mit dem bekannten Zwischenergebnis.

Der Anteil der fossilen C-Anteile lässt sich durch analytische Messverfahren beziffern (zwei Isotope  $^{12}\text{C}$  zu 99 Prozent und  $^{13}\text{C}$  1 Prozent die bei fossilem  $\text{CO}_2$  niedriger sind)

### **Methan ( $\text{CH}_4$ )**

Ist ein geruch- und farbloses, aber hochentzündliches Gas mit kürzerer atmosphärischer Verweildauer von 9 bis 15 Jahren. Es ist allerdings 25 mal wirksamer als  $\text{CO}_2$ . Es entsteht bei der Verwesung von organischem Material unter Luftabschluss durch Bakterien. Lebewesen, die im Meer verenden und zu Boden sinken, bilden letztendlich die sogenannten Methanhydratknollen – hochenergetische Gebilde auf dem Meeresgrund, die durch den dort herrschenden Druck und die Kälte stabil sind – aber bei Meereserwärmung leicht freigesetzt werden können. Die energetische Summe dieser Knollen ist um ein Vielfaches höher als die der fossilen Energieträger Kohle, Erdgas und -öl. Die seit geraumer Zeit stattfindende Kartographierung der Meere dient unter anderem der Erkundung der Methanhydrat-Menge. Verfahren zur gefahrlosen Gewinnung werden exploriert.

Die in den Permafrostböden gespeicherten Methanmengen sind die große Unbekannte. Methan ist auch bei den Klimaerwärmungsmodellen die große Unbekannte. Im großen Massenaussterben des Perms (vor 250 Millionen Jah-

ren), welches durch Vulkanismus angestoßen worden war (sibirischer Trapp) und eine Erderwärmung von 5 °C. hervorrief, war die daraufhin einsetzende Meerereswärmung die Ursache für eine Methanfreisetzung mit einem nochmaligen Anstieg des Erdklimas um 5 °C auf insgesamt 10 °C zusätzliche Erwärmung, was das Aussterben von 95 Prozent aller Pflanzen und Tiere bewirkte.

### **Lachgas N<sub>2</sub>O**

Ist ein farbloses, süßlich riechendes Gas mit einer atmosphärischen Verweildauer von 114 Jahren. Es entsteht durch den bakteriellen Abbau von stickstoffhaltigen Verbindungen unter Sauerstoffabschluss. In der Düngemittelproduktion für die konventionelle Landwirtschaft und Kunststoffindustrie sind die menschenverursachten Gründe hierfür. Da es fast 300-fach so wirksam wie CO<sub>2</sub> ist, hat es eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

Die Hauptquelle des Anstieges der klimawirksamen Gase besteht in dem Verbrauch fossiler Brennstoffe zur Energiegewinnung – in unserem Land sind dies fast 90 Prozent.

### **Wie verteilt sich deren Verbrauch?**

Wir müssen zwischen Primärenergie – also den Rohstoffen Kohle, Gas, Öle, Uranerz und den davon erzeugten Stoffen, die als Sekundärenergie zur Energienutzung verwendet werden – Briketts, Mineralöle, Diesel, Uranbrennstäbe und so weiter – und letztlich der Tertiärenergie – also die warme Suppe, das erwärmte Bügeleisen, unterscheiden. Bei der Umwandlung von Primär- in Tertiärenergie entstehen nicht unerhebliche Verluste: selbst in Ländern mit guter Infrastruktur und hohem technologischen Standard wie beispielsweise Deutschland sind dies zurzeit 35 Prozent.

Die Analyse des Ist-Zustandes zeigt in Deutschland 2011 folgenden Primärenergieverbrauch:

Mineralöl	33 Prozent
Erdgas/-ölgas	20 Prozent
Braun/Steinkohle	25 Prozent (12/13 Prozent)
Erneuerbare Energie	11 Prozent
Kernenergie	9 Prozent
Sonstige	2 Prozent

Der Endenergieverbrauch besteht zu

28 Prozent	aus Kraftstoffen
24 Prozent	Gas
22 Prozent	Strom
9 Prozent	Heizöl
7 Prozent	Brennholz

5 Prozent	Fernwärme
5 Prozent	Braun-u.Steinkohle

Wichtig zu wissen sind diese Zahlen, um die Energiebedürfnisse einer Volkswirtschaft einschätzen zu können, um politische Entscheidungen und Lösungsansätze zu begründen.

Ich möchte auf die Schilderung einer globalen Erwärmung weitgehend verzichten. Sie ist im Detail auch nur schwer vorhersehbar, auch wenn schon jetzt für unser Empfinden abnorme Wetterphänomene erlebbar sind und sich auch versicherungstechnisch niederschlagen. Wichtig zu wissen ist es aber, dass die klimawirksamen Gase, sind sie einmal freigesetzt, aufgrund ihrer langen Halbwertszeit lange, das heißt Jahrzehnte bis Jahrhunderte, teils noch länger wirken. Inwieweit dabei sich selbst aufschaukelnde Rückkoppelungseffekte noch eine Rolle spielen, entzieht sich unserer Berechnung – erinnert sei aber an die erwähnte Methanfreisetzung im Perm vor 250 Millionen Jahren.

### **Was ist zu tun?**

Ich möchte hierbei nicht auf die Pariser Klimakonferenz eingehen, auch wenn hier – was schon erstaunlich für mich ist – fast alle Staaten Problembewusstsein zeigten und sich auf eine Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes einigten, um den Anstieg der Erderwärmung in händelbaren Grenzen zu halten. Zum Teil wurden die Verträge auch von wichtigen Staaten bereits ratifiziert. Die auf Freiwilligkeit beruhende Zielsetzung lässt allerdings Zweifel an der Umsetzbarkeit aufkommen – unabhängig von den noch hinzukommenden mächtigen Kapitalfraktionen, die an den Folgen des Klimawandels Superprofite einfahren werden. Als ein Beispiel sei auf den steigenden Energieverbrauch in Deutschland im ersten Halbjahr 2016 hingewiesen (1,6 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum (2015).

Unabhängig von der Endlichkeit und immer energieaufwändiger werdenden Förderbarkeit der fossilen Rohstoffe wie auch des Urans – Schlagwort Peak-oil – sollte klar sein, dass die Freisetzung fossil gebundener Sonnenenergie gestoppt werden müsste. Die VR China war in 2015 das weltweit einzige Land, welches die Kohleproduktion drosselte und zig Bergwerke schloss.

Der Komplex der erneuerbaren Energie bietet sich dafür an.

- Windkraft
- Photovoltaik, Photothermie
- Agrogas – besser als Biogas gekannt -hat damit aber nichts zu tun
- Wasserkraft – konventionelle Stau-Pumpwerke-Gezeiten
- Erdwärme
- Müllverbrennung

- nachwachsende Hölzer und landwirtschaftlich genutzte Energiepflanzen

All diese sollten genutzt werden, auch wenn sie alle mit Problemen behaftet sind, worauf ich gerne in der Diskussion oder bei Nachfrage eingehen kann. Es sollten gesellschaftliche Ressourcen in Gestalt von Forschungskapazitäten und Anschubssubventionen geleistet werden. Klingt einleuchtend, real wird allerdings ein Vielfaches von Subventionen in fossile Energieträger anstelle in regenerierbare Energien gesteckt. Selbst das ansonsten immer wieder verwendete Arbeitsplatzargument scheint bei den alternativen Energien außer Kraft gesetzt.

Durch politische Entscheidungen Gabriels wurden zehntausende von Arbeitsplätzen in der Solarbranche vernichtet. Offensichtlich wirkt der energiepolitische Druck der vier großen Energiekonzerne mehr als die Möglichkeiten dezentraler Energiebereitstellung im privaten, kommunalen oder genossenschaftlichen Bereich. Im Umkehrschluss bieten sich hierbei für uns zumindest theoretische Möglichkeiten der Bündnispolitik zu mittelständigen Unternehmen und Handwerkern an.

Dennoch, der Problembereich der CO<sub>2</sub> Einsparung – sieht man sich den gesellschaftlichen Energiebedarf an – verlangt nach weiterem.

Hier ist der weite Bereich der Steigerung der Energieeffizienz, ein Bereich, der eigentlich auch durch innerkapitalistische Zwänge fast ein Selbstläufer sein könnte, wie Optimierung technischer Geräte sowie Prozessverfahren.

Verkehrspolitische Ansätze sind in Deutschland ein besonders heikles Thema: Tempolimit, Individual-Massenverkehr, Luftfahrt, Just in Time-Produktion, Industrieansiedlungen an Autobahnen anstatt am Schienennetz, um nur einige Bereiche zu nennen.

Neueste Vorstellungen, das Elektroauto könne als Klimaretter fungieren, haben mit der Wirklichkeit wenig gemein. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, könnten elektrobetriebene Fortbewegungsmittel in einem Verkehrskonzept, welches auf Massenverkehrsmittel basiert durchaus eine gewisse Rolle im Nahverkehr spielen. Unter heutigen Bedingungen ist dies allenfalls ein ökologischer Flop, CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Verkehr werden größtenteils lediglich auf die Produktionsebene verschoben, Besserverdienende können sich dies als zusätzliches Nahverkehrsmittel leisten, um ihr eventuell vorhandenes ökologisches Gewissen zu beruhigen. Im neuesten Bundesbaugesetz zur Bebauungsplanung sollen ab 2023 Hausanschlüsse für Elektroautos zwingend vorgeschrieben sein.

In all diesen Bereichen sind die Weichen in eine klimapolitisch falsche Richtung gestellt und kurz- wie auch mittelfristig unter den gegebenen politisch-ökonomischen Bedingungen nicht oder kaum umsetzbar.

### **Neben Effizienzeinsparungen sind aber auch direkte Einsparungen von Nöten.**

An erster Stelle: eine konsequente Antikriegs- und Abrüstungspolitik. Der Zusammenhang zwischen diesen und dem Klima-/Umweltschutz ist aber noch unterentwickelt und muss verstärkt werden.

Produktlaufzeitverlängerungen sind technisch machbar – im Kapitalismus allerdings unerwünscht, da sie die Profitrealisierung zeitlich verschieben. In der DDR war die Ingenieuranzahl an viele Produkte eine 30-jährige Laufzeit. Eine von mir 1989 gekaufte Bohrmaschine zeigt mir dies im Gegensatz zu den etlichen seitdem bei „uns“ gekauften Schrottgeräten noch heute.

Einsparungspotential liegt in vielen weiteren Bereichen vor: Baumaterialien, Werbebranche, Mode. Und vieles mehr.

Allerdings sollte man sich hüten, den Verzicht als Wert an sich zu überhöhen. Dagegen gibt es Bildung, Kultur Kunst sozusagen zum energiepolitischen Fastnull-Tarif und diese sollten zum Wachstumssektor heranreifen, um das Leben und die Freude an ihm zu verschönern.

### **Meine These zu diesem Thema lautet:**

Die Vielschichtigkeit des Problems Klimawandel mit seinen Wechselwirkungen ist mit kapitalistischen Steuerungsprinzipien kaum oder nicht lösbar. Sein Motor Profitmaximierung versagt auch in einer grünen Variante. Die Klimaerwärmung kann nur mit planungspolitischer Gestaltung der Gesellschaft abgemildert und eine sozialistische Ökonomie muss nach Lösungen einer Verbrauchsgerechtigkeit für alle Menschen dieser Erde suchen.

Auch wenn die Auswirkungen des Klimawandels letztendlich alle Menschen betreffen, sind sie für die nächste überschaubare Zeitepoche keine Menschheitsfragen, sondern vor allem Klassenfragen, denn die auf uns zukommenden Probleme werden zunächst klassenspezifisch sein.

# Die ökologische Krise und die Notwendigkeit einer antikapitalisti- schen Umweltpolitik

## Beschluss des 23. Parteitags der DKP in Frankfurt/Main, 2020

Dieser Umweltantrag soll die Grundlage schaffen, ausgehend vom 23. Parteitag eine eigenständige Umweltpolitik der DKP zu entwickeln und grundsätzliche Positionen sowie auf Perspektive Eingreifmöglichkeiten für die Partei in diesem Bereich zu bestimmen. In dem Antrag werden die Grundannahmen eines marxistischen Umwelt- und Ökologieverständnisses skizziert.

Die DKP beschäftigt sich schon sehr lange mit Fragen des Kampfes um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Auch 1986 hat die DKP auf ihrem Hamburger Parteitag dazu Beschlüsse gefasst. Die damals beschlossene These 19 „Die ökologische Krise und die Erfordernisse einer demokratischen Umweltpolitik“ ist noch heute eine inhaltliche Grundlage für unsere Diskussion und Aktion. In dieser Kontinuität bekräftigen wir Teile der These 19 und hängen sie diesem Dokument als Arbeitsmaterial für den Parteivorstand an.

### 1. Grundverständnis des Verhältnisses von Mensch und Natur

Der Mensch ist als einziges Wesen im Prinzip in der Lage, die Gesetzmäßigkeiten der Natur und der Gesellschaft immer exakter und tiefergehend wissenschaftlich zu erfassen und sich demgemäß auch bewusst und rational im Einklang mit diesen Gesetzmäßigkeiten zu verhalten. Insofern ist er nicht nur ein passives Produkt der Natur und der Gesellschaft, in individueller psychischer Ausprägung, sondern auch ihr aktiver Gestalter. Als Teil der Natur steht der sich selbst ernährende und selbst erzeugende Mensch damit in einer Beziehung zu seiner natürlichen Umgebung, die ihn von allen anderen Lebewesen unterscheidet.

Marx und Engels beschrieben die unauflösliche Beziehung zwischen den organisch-natürlichen Voraussetzungen der Anthropogenese (Menschheitsentwicklung) und dem bewussten Einschnitt im Evolutionsprozess, der den entscheidenden Schritt zur Menschwerdung und zur Gesellschaftlichkeit des Menschen markiert, so: „Zum Leben [...] gehört vor allem Essen und Trinken, Wohnung und Kleidung und einiges anderes. Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst, [...] die noch heute, wie vor Jahrtausenden, täglich und stündlich erfüllt werden muss, um die Menschen nur am Leben zu erhalten.“ (Karl Marx – Friedrich Engels – Werke, Band 3 „Die deutsche Ideologie“).

Der Mensch tritt in einen unauflösbaren aktiven und strukturierten Stoffwechselprozess mit der Natur, er erhebt sich im Arbeitsprozess aus dem Tierreich und formt sich selbst zu einer individuellen Persönlichkeit. In dieser Mensch-Natur-Dialektik formt und nutzt der Mensch die Natur nach seinen Bedürfnissen. Dabei nimmt die Arbeit eine zentrale Vermittlerrolle ein. Die Arbeit wird zur grundlegenden Voraussetzung für jede menschliche Entwicklung. Durch die Produktion sichert der Mensch seine physische Existenzgrundlage, indem er die materiellen Bedingungen für sein Leben – Nahrung, Kleidung, Wohnung, etc. – produziert.

Die Produktionsverhältnisse und Produktionsweise bestimmen dabei die Einwirkungen der menschlichen Arbeit auf die Natur. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen wird das Mensch-Natur-Verhältnis systematisch deformiert. „Die kapitalistische Produktion entwickelt [...] nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (K. Marx: Das Kapital, MEW 23, 530).

Durch die steigende Produktivität, die dem Profitprinzip folgt, hat sich die Arbeit verändert und somit ändert sich auch der Charakter der menschlichen Eingriffe in die Natur. Sie werden zu einer Gefahr für den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur. „In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionsmittel und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche [...] nur Unheil anrichten, welche keine Produktivkräfte mehr sind, sondern nur Destruktionskräfte.“ („Die dt. Ideologie“, MEW Bd.3, 69).

Dies geschieht in dem Maße und Umfang, in dem die Natur – ebenso wie die menschliche Arbeitskraft – nur als Ausbeutungsobjekt durch das Kapital angesehen wird. Für die Zuspitzung dieses Widerspruchs und somit auch für die Auslösung der ökologischen Krise sind vor allem die Monopole der Energiewirtschaft, die Automobilindustrie, die Chemie- und Agrarkonzerne und der Militärisch-Industrielle-Komplex verantwortlich. Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist, der grundsätzlich die Interessen der Monopole vertritt, erlaubt und toleriert diese industriell organisierten Umweltbelastungen und -zerstörungen.

## **2. Die ökologische Krise als Feld des Klassenkampfes**

Die kapitalistische Produktionsweise und deren nicht nachhaltige Entwicklung der Produktivkräfte haben dazu geführt, dass in vielen Bereichen der natürlichen Lebensbedingungen die Grenzen der Ressourcennutzung überschritten wurden. Das hat zu einem Überschreiten der planetarischen Grenzen geführt. Die sich dadurch entwickelte ökologische Krise manifestiert sich in vielen Bereichen, wie zum Beispiel beim Verlust an Bio-Diversität, der Überdüngung von Böden und Meeren durch Landwirtschaft und Industrie, der rasanten Veränderung des Klimas, die zur Ausbreitung von Wüsten

führt, und der Verschmutzung der Meere. Ein aktuell offensichtliches Problem der ökologischen Krise ist die steigende Erwärmung der Erdatmosphäre. Stetig steigende Temperaturen werden auf absehbare Zeit so starke Veränderungen der natürlichen Lebensgrundlagen bewirken, dass die aktuelle Produktion in bisheriger Weise nicht fortgeführt werden kann.

Die Ursachen für den Anstieg von CO<sub>2</sub> und anderer Treibhausgase in der Atmosphäre und der damit einhergehende Treibhauseffekt liegen im Wesentlichen in der kapitalistischen Produktionsweise. Zu den Ursachen zählen unter anderem die Förderung und Verbrennung fossiler Energieträger, die Herstellung und Anwendung von Kunstdünger, die Überproduktion an Gülle in der konventionellen Landwirtschaft und die Zerstörung global wichtiger Ökosysteme, einschließlich der Entwaldung großer Teile von Kontinenten. Diese Produktionsweise, die die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, ist perspektivisch nicht aufrecht zu erhalten.

Auch der rasante Anstieg von Treibhausgasen wie Kohlenstoffdioxid, Methan und Lachgas in der Atmosphäre ist in der kapitalistischen Produktionsweise begründet und kann nicht mehr ernsthaft bezweifelt werden. Der Anstieg des Meeresspiegels bei gleichzeitiger Versauerung und Verschmutzung der Meere, ein exponentielles Artensterben, auftauende Permafrostböden und Wetterextreme sind nur erste Erscheinungen einer bevorstehenden ökologischen Katastrophe. Als Folge der Umweltzerstörung sind starke Migrations- und Fluchtbewegungen ebenso zu erwarten wie der Zusammenbruch ganzer Nationalökonomien. Verteilungskämpfe, Kriege eingeschlossen, um Trinkwasser, Anbauflächen und andere Grundversorgungsmittel werden sich weltweit zuspitzen.

Für die Menschheit folgenschwere Eingriffe in die Natur sind allgegenwärtig. Besonders betroffen sind Angehörige der Arbeiterklasse, Kleinbauern und völlig verarmte Bevölkerungsschichten, vor allem in den von den Imperialisten ausgebeuteten Ländern, aber auch innerhalb der imperialistischen Zentren. Die ökologische Krise bedeutet Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und damit die Zerstörung der Grundlagen für Produktion und Konsumtion, also der Produktionsbedingungen weltweit. Daraus ergibt sich eine Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche. Unter diesem Aspekt ist die soziale Frage von den ökologischen Fragen nicht zu trennen.

Die Natur ist nicht nur Grundlage der menschlichen Existenz, sondern auch Bedingung zur Reproduktion der Arbeitskraft. Deshalb ist die ökologische Krise nur bedingt ein allgemein menschliches Problem, sondern ein Gebiet des Klassenkampfes. Die Kosten dafür sollen sie nicht selbst tragen müssen. Es gilt, die von der kapitalistischen Produktionsweise verursachten Folgen aufzuzeigen und damit den ökologischen und den antiimperialistischen Kampf als eine Einheit zu verstehen und zu führen. Das bedeutet aus marxistischer Sicht Klassenkampf.

### **3. Kommunistische Umwelt- und Klimapolitik und ihre Politikfelder**

Es gibt keine „marktwirtschaftliche Lösung“, um der beschleunigten Gefährdung und Zerstörung der ökologischen Grundlagen und damit der Lebensgrundlage der Menschheit auf diesem Planeten Einhalt zu gebieten. Durch das kapitalistische Profitstreben ist diese Produktionsweise unfähig, die Grundbedürfnisse der Menschheit zu befriedigen und verursacht dabei die ökologischen Zerstörungen selbst. Der Einstieg in die gesamtgesellschaftliche Planung der Volkswirtschaft ist unabdingbar, dazu müssen die monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse sofort eingeschränkt, die Monopole entflochten und vergesellschaftet werden. Das erfordert umfassende gesamtgesellschaftlich und ökologisch orientierte Gegenmaßnahmen in der gesamten Industrie, in der Agrar-, Wasser-, Bau-, Verkehrs- und Transportwirtschaft.

Die sogenannten Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung sind ein Umverteilungsprogramm von unten nach oben, um die angebliche „grüne“ Modernisierung der Produktion zu finanzieren. Sie sind noch nicht einmal dazu geeignet, die Beschlüsse des Pariser Abkommens umzusetzen, geschweige denn die ökologische Krise aufzuhalten. Die jetzt eingeführte CO<sub>2</sub>-Bepreisung dient eben dieser Umverteilung. Als verbrauchsbezogene Steuer ist sie vor allem von der Arbeiterklasse zu zahlen. Sie ist eingebettet in ein Steuersystem in Deutschland, das die Kosten des Staates für die Allgemeinheit nicht durch Konzernbesteuerung, sondern durch Verbrauchsteuern finanzieren lässt. Die Forderung nach sinnvollen ökologischen Maßnahmen muss mit der Forderung nach Durchsetzung des Verursacherprinzips und nach einer Reichensteuer verbunden werden. Die Konzerne und Banken, deren Besitzer, Aktionäre, Finanziere und Nutznießer verantwortlich sind für die umweltschädliche Produktivkraftentwicklung, müssen gezwungen werden zu zahlen.

Neue Massen- und Verbrauchssteuern wie eine CO<sub>2</sub>-Steuer sowie jede Art der CO<sub>2</sub>-Bepreisung für die Endverbraucher oder Konsumenten verdrehen das Verursacherprinzip. Die Geschädigten sollen die Kosten zahlen und nicht diejenigen, die die Produkte und Technologien herstellen und zum Einsatz bringen lassen. In Zukunft muss es darum gehen, dass in einem demokratischen Prozess entschieden wird, was und wie produziert wird, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und gleichzeitig die Lebensgrundlagen zu erhalten. Diese Entscheidungen dürfen nicht länger in den Händen des Monopolkapitals liegen.

Nur eine Klima- und Umweltpolitik in Verknüpfung mit einer umfassenden Konzeption der Systemüberwindung und des Bruchs mit der Profitlogik kann eine Zukunftsperspektive für die vom Kapitalismus ausgebeuteten Klassen und Völker darstellen. Die ökologische Krise ist nicht allein im nationalen Maßstab zu lösen. Sie muss zum gemeinsamen Kampffeld der internationalen Arbeiterbewegung werden.

Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Aktions- und Forderungskatalog für wichtige Themenkomplexe im Bereich der Umweltpolitik zu erarbeiten. Dabei gilt es, herauszuarbeiten, an welchen Stellschrauben die kapitalistische Produktionsweise sich bereits in ihren eigenen Grenzen verfängt, eine ökologische Krise bereits bevorsteht, wie der Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse und ihrer verbündeten Schichten zu den Themenpunkten zu analysieren ist sowie Reformforderungen zu den einzelnen Feldern. Es stehen unter anderem folgende Themen im Fokus:

- Krieg und Militär
- Mobilität und Verkehr
- Energie- und Wärmeversorgung
- Nahrungsmittelproduktion
- Wohnen und Stadtentwicklung
- Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsweise
- Gesundheitliche Folgen der ökologischen Krise

Dabei sind folgende Forderungen Bestandteil:

- Vergesellschaftung aller Energiekonzerne
- Die DKP lehnt jede Form der CO<sub>2</sub>-Steuer als Massensteuer ab
- Die DKP tritt für einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr ein
- Für ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen und 90 km/h auf Bundesstraßen

Außerdem werden die Gruppen je nach Schwerpunkt und Möglichkeiten dazu aufgefordert, sich in die je nach Ort unterschiedlich oft stattfindenden Klimastreiks „Fridays for Future“ mit unserer Analyse und unseren Positionen zur Klimafrage einzubringen. Unsere Aufgabe muss es ebenfalls sein, die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Umweltbewegungen zusammenzuführen, so dass wir es schaffen, dass die inhaltlichen Diskussionen zur Ökologie auch in Verknüpfung mit der Frage der Produktion in den Gewerkschaften stattfinden und diese die Proteste unterstützen.

# „Die ökologische Krise und die Erfordernisse einer demokratischen Umweltpolitik“

## Auszüge aus These 19 des 8. Parteitages der DKP in Hamburg, 1986

- Mit dem Vorschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution werden nach Art und Umfang menschliche Eingriffe in die Natur vorgenommen wie nie zuvor. Die Vorkehrungen zum Schutz der Umwelt sind dahinter zurückgeblieben. Angesichts der Begrenztheit wichtiger Naturstoffe und der begrenzten Belastbarkeit der Umwelt besteht erstmals in der Geschichte eine Gefahr für die Lebensgrundlagen der Menschheit. Eine Krise neuer Art ist entstanden: die ökologische Krise, die sich zu einer ökologischen Katastrophe auswachsen kann.

- In der Bundesrepublik hat sich die Umweltqualität schon heute derart verschlechtert, dass hiervon die alltäglichen Lebensbedingungen des größten Teils der Bevölkerung berührt sind. Wo Nahrung, Boden, Luft und Wasser so giftig sind, dass Wälder, Pflanzen und Tiere sterben, können auch die Menschen nicht gesund bleiben. Auf der Jagd nach Höchstprofiten belasten die Konzerne die Umwelt mit freigesetzten Schadstoffen, mit hochgiftigem Chemie- und Atom- müll. Schädigungen der Umwelt werden durch militärische Übungen und den Bau von Militäranlagen hervorgerufen. Von atomaren und chemischen Waffen gehen auch im Frieden tödliche Gefahren aus.

Auf dem Hintergrund der zunehmenden Umweltgefährdung ist ein wachsendes Umweltbewusstsein in der Bevölkerung entstanden. Alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte mussten sich der Ökologieproblematik zuwenden. Der Druck der Umweltschutzbewegung hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass in manchen Bereichen vermehrte Umweltinvestitionen getätigt wurden. Die Politik der Bundesregierung ist jedoch ungeeignet, die Zuspitzung der ökologischen Krise abzuwenden, weil sie den Konzernen nicht entgegengetreten will. Ihr Konzept „Mehr Markt beim Umweltschutz“ zielt darauf, staatliche und öffentliche Kontrollmöglichkeiten abzubauen sowie die Umweltschutzkosten auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

- Die Gefährdung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschheit entspringt nicht der modernen Wissenschaft und Technik, sondern den kapitalistischen Verhältnissen, unter denen sie entwickelt und eingesetzt werden. Im Kapitalismus ist der Stoffwechselprozess des Menschen mit der Natur der Profitmacherei unterworfen. Das bewirkt Raubbau an der Natur. Weil Umwelt-

schutzmaßnahmen den Profit mindern, wird so weitgehend und so lange wie irgend möglich darauf verzichtet. Gleichzeitig bedeuten die krisenbedingte Vernichtung von Produktivkräften sowie die Schaffung eines Vergeudungs- und Wegwerfsystems im Konsumbereich einen verschwenderischen Umgang mit der Natur. Eine Gesellschaftsordnung, in der aus Profitsucht die für Mensch und Umwelt schädlichen Folgewirkungen systematisch außer Acht gelassen werden, ist lebensgefährlich. Im Umweltproblem kommt die geschichtliche Überlebtheit des Kapitalismus besonders krass zum Ausdruck.

Die Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse steht nicht im Widerspruch zu einer an den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientierten Wirtschaftsentwicklung. Die Entwicklung der Produktivkräfte im Interesse und unter Kontrolle der Gesellschaft, die vernünftige und planvolle Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts kann allein jene Mittel hervorbringen, die gebraucht werden, um die natürliche Umwelt zu sanieren, energie- und rohstoffsparende Technologien zu schaffen, einen pfleglichen Umgang mit der Natur zu ermöglichen. Gerade der Umweltschutz muss zu einem der wichtigsten Felder für neue Investitionen und damit auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze werden. Notwendig ist ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm für hunderttausende neuer Arbeitsplätze durch Umweltschutz. Die Arbeiterklasse und damit auch unsere Partei sind aufgefordert, hierfür stärker in die aktuellen Auseinandersetzungen einzugreifen. Dabei geht es vorrangig um Probleme wie die Sanierung von „Altlasten“ in Boden und Wasser, die Vermeidung von Schadstoffen, die Einsparung von Energie und Rohstoffen, die Entwicklung von Kreislauftechnologien, die Umweltforschung, Umweltplanung und Stadtentwicklung.

Fortschritte im Umweltschutz erfordern breite demokratische Bündnisse gegen die Hauptverursacher der ökologischen Krise, die Monopole. Sie verlangen Mitbestimmung der arbeitenden Menschen und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, der Bürgerinitiativen und Umweltverbände über den Einsatz der Produktionsmittel. Ziel muss sein, einen die Naturressourcen und die Umwelt schonenden Umgang mit der Natur durchzusetzen und damit die Lebensqualität zu verbessern. Notwendig ist eine solche demokratische Kontrolle bereits bei der Projektierung neuer Industrieanlagen, für die eine Prüfung auf Umweltverträglichkeit unabdingbar ist. Die Umweltschutzgesetzgebung ist strikt am Verursacherprinzip auszurichten. Eine demokratische Umweltpolitik verlangt Eingriffe in das Profitsystem als Steuerungsinstrument der Wirtschaft, die Zurückdrängung der Macht des Großkapitals. Für die DKP ist der Kampf für den Schutz der Umwelt Bestandteil des Kampfes für Frieden und Arbeit, für eine demokratische Wende.

- Umweltgefährdung macht an Staatsgrenzen nicht halt. Sie ist ein globales Problem. Die Verschmutzung der Weltmeere, Einwirkungen auf die Erdatmo-

sphäre, die Zerstörung der tropischen Regenwälder und zunehmende Wüstenbildungen betreffen in ihren Folgen die gesamte Menschheit. Alle Staaten stehen in der Verantwortung, dazu beizutragen, dass die Umweltbelastungen einschneidend gemindert werden. Besonders skrupellos verhalten sich die multinationalen Konzerne, die stark umweltbelastende Produktionen in Länder der „Dritten Welt“ verlagern und dabei nicht einmal minimalen Sicherheitsanforderungen gerecht werden. Das Ausmaß der globalen Umweltzerstörung ist ganz wesentlich dadurch bedingt, dass das vom Imperialismus ausgehende Wettrüsten gewaltige Mittel an Rohstoffen, Arbeitskräften und wissenschaftlicher Kapazität verschlingt, die dann für die Entwicklung umweltschonender Techniken, für eine radikale Beseitigung bereits vorhandener Umweltschäden nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wegen der zwischenstaatlichen und globalen Dimensionen der Umweltprobleme werden koordinierte Aktivitäten in internationalem Maßstab immer dringlicher. Die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist so auch deshalb notwendig, um eine systemübergreifende Kooperation auf ökologischem Gebiet zu ermöglichen. Gerade in Mitteleuropa – einer industriellen Ballungsregion mit einzigartiger Konzentration von Massenvernichtungsmitteln und Militäreinrichtungen – sind zwischenstaatliche Vereinbarungen über vermehrten Umweltschutz und deren Finanzierung durch Rüstungskürzungen besonders dringlich.



Foto: Tom Brenner

## **Die Autoren**

### **Dr. phil. Hans-Peter Brenner**

Diplompsychologe und Psychotherapeut

Ehemals Lehrer für Chemie und Sozialkunde

Bis März 2020 stv. Vorsitzender der DKP und Leiter der Bildungskommission

Ehemals Leiter der Umweltkommission beim Parteivorstand

### **Dr. Tina Sanders**

Mikrobiologin aus Hamburg

Wissenschaftlerin im Bereich der Küstenforschung

Mitglied des Parteivorstandes und der Umweltkommission der DKP

2000 – 2005 Bundesvorsitzende der SDAJ

### **Kurt Baumann**

28 Jahre alt, ehem. Student der Geschichte, Hamburg

Heute Azubi bei der Deutschen Post

Gruppenvorsitzender der DKP in Kassel

Referent an der Karl-Liebknecht-Schule der DKP

### **Patrik Köbele**

Industriekaufmann, als IT-Berater tätig, Essen

Vorsitzender der DKP

### **Dr. Gerd Manecke**

Mediziner aus Hanau

Mitglied der Umweltkommission der DKP

# UZ probelesen – 6 Wochen gratis



Ich möchte die UZ 6 Wochen probelesen.  
Der Bezug ist kostenlos und endet automatisch.

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Coupon ausschneiden und einsenden: CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen  
Tel: 0201 - 17 78 89 - 23 . Fax: 0201 - 17 78 89 - 28 . E-Mail: info@unsere-zeit.de . www.unsere-zeit.de



Schaut mal rein!

## www.uzshop.de

T-Shirts • Kapuzenpullover • Fahnen • Bücher Broschüren  
Tassen • CDs • DVDs • Tragetaschen • Antiquariat und mehr



»Der Kapitalismus  
ist widerlich.  
Er bringt nur Krieg,  
Heuchelei und  
Rivalität.«  
Fidel Castro Ruz

# Unser Land braucht eine starke DKP!

Name, Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Ich bin interessiert  
und möchte

- mehr Infos über die DKP
- Kontakt zu einer Partei-  
gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Rückantwort bitte an den

DKP-Parteivorstand  
Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
Tel.: 0201-1778890  
[www.dkp.de](http://www.dkp.de)  
E-Mail: [pv@dkp.de](mailto:pv@dkp.de)

Herausgeber:  
**Unsere Zeit – Zeitung der DKP**  
CommPress Verlag GmbH  
Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
Tel.: 0201-177 889-23  
Fax: 0201-177 889-28  
info@unsere-zeit.de  
unsere-zeit.de  
dkp.de

EUR 3,-